



V 6458 E

31 a

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

26. Jahrgang · Heft 3

März 1974

Grafik des Monats: Industriestruktur der Kreise

Aufsätze:

- Bruttoinlandsprodukt
- Fachhochschulstudenten
- Bauhauptgewerbe
- Vermögensteuer

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

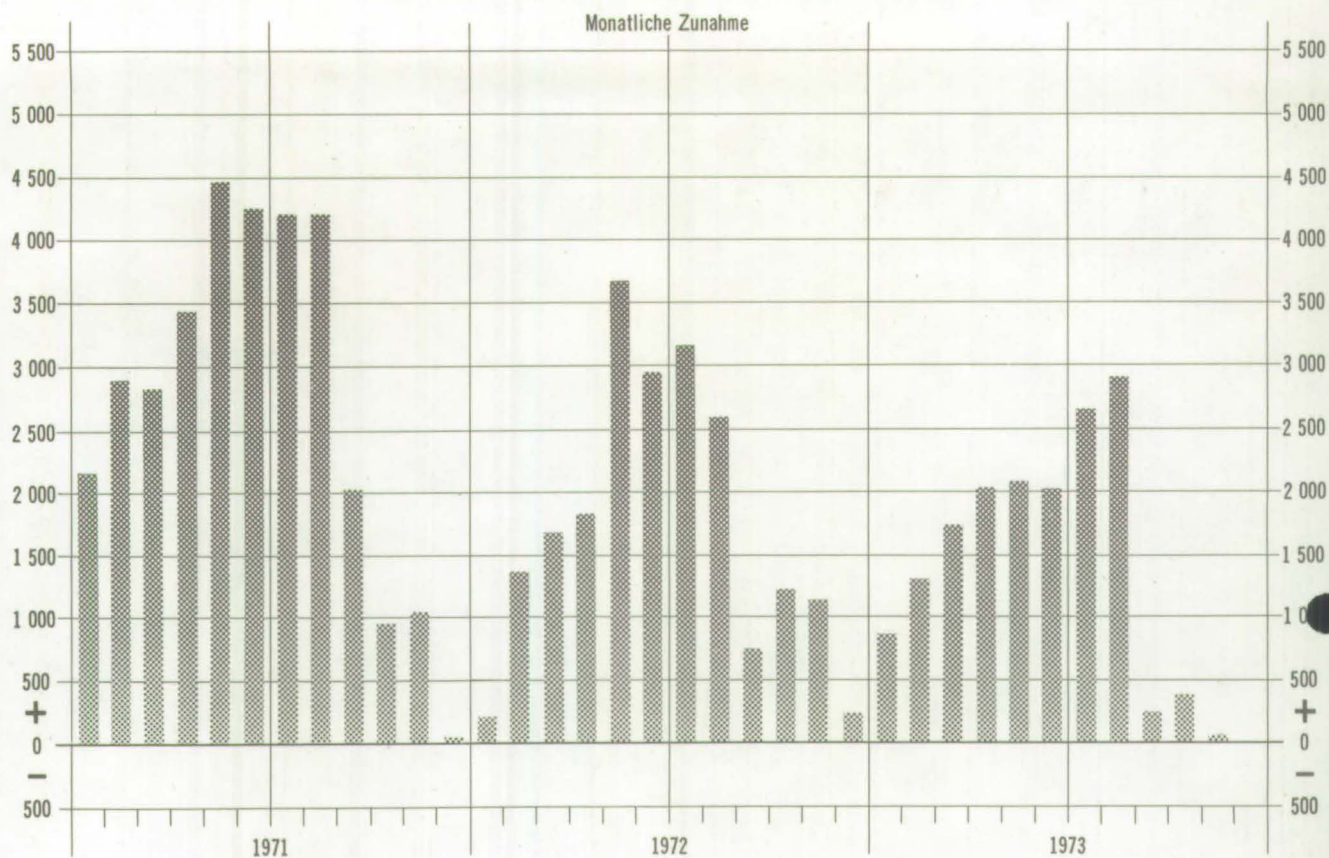
BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



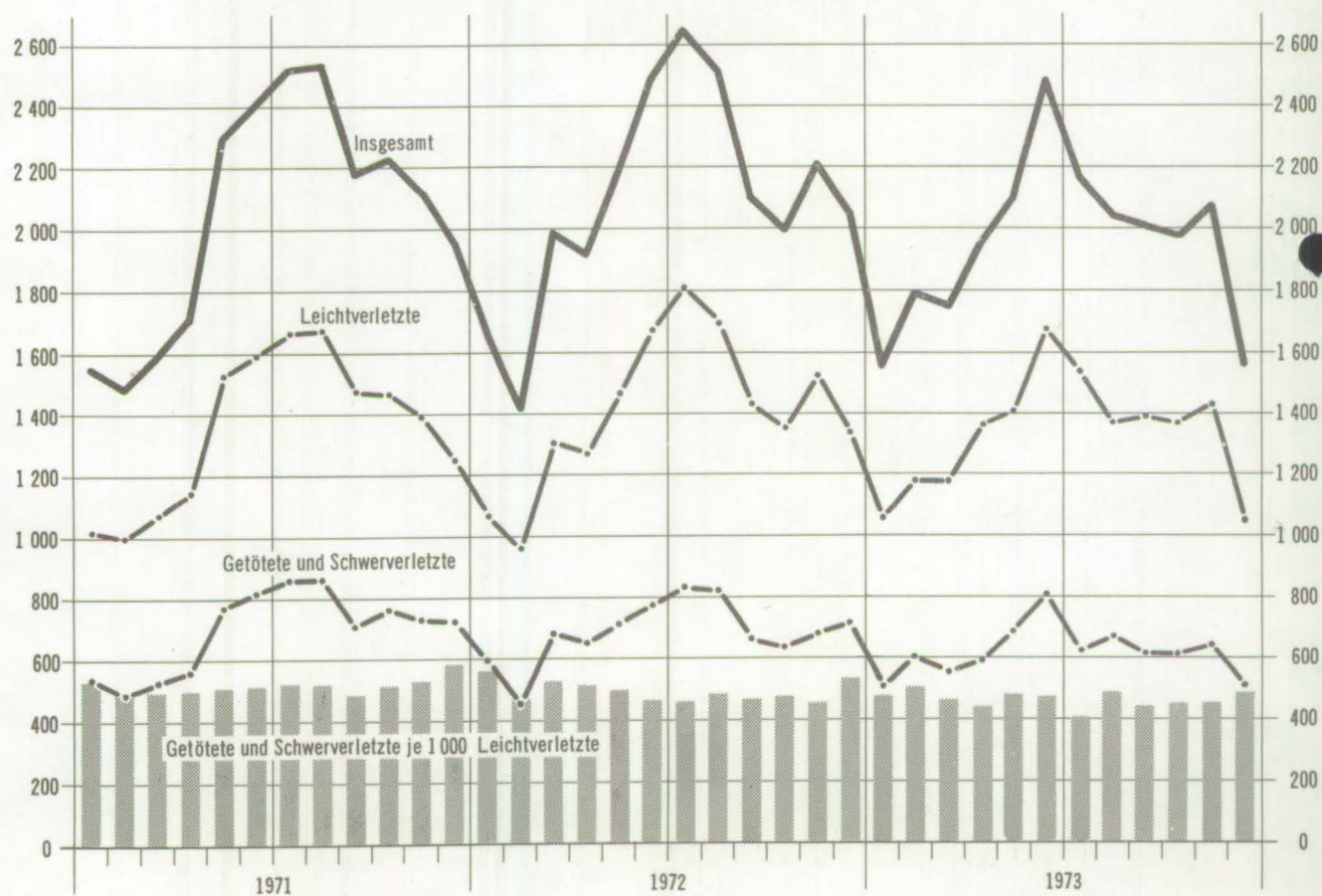
Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



VERUNGLÜCKTE IM STRASSENVERKEHR



INHALT 3/74

	Seite
Aktuelle Auslese	49
Aus dem Inhalt	50
Aufsätze	
Pro-Kopf-Werte des Bruttoinlandsprodukts in den Kreisen 1961 und 1970	51
Studenten an Fachhochschulen in Schleswig-Holstein	56
Das Bauhauptgewerbe im Jahre 1973	63
Das Vermögen und seine Besteuerung 1969	66
Grafik des Monats	60
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein)	3. Umschlagseite

Neue Statistische Berichte

G I 1 Umsatzentwicklung im Einzelhandel in Schleswig-Holstein	4 Seiten
G IV 3 Umsatzentwicklung im Gastgewerbe in Schleswig-Holstein	2 Seiten

Beginn mit Berichtsmonat Januar 1974

Jahresabonnement 7,20 DM
und 4,80 DM.

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 8 / 1973

Berufspendler
Erbschaften und ihre Besteuerung
Ackerbau
Arbeitsverdienste

Heft 9/10 - 1973

Zur Bildungswanderung der Studenten
Abiturienten-Berufswünsche ohne Studium
Kraftfahrzeugbestand
Gestorbene 1971
Erwerbsobstbau

Heft 11/12 - 1973

Erwerbstätigkeit (Teil 2)
Beschäftigtenstruktur Industrie
Kooperation in der Landwirtschaft
In eigener Sache

Heft 1/1974

Bruttoinlandsprodukt, Kreise
Betriebssysteme Landwirtschaft
Auftragslage im Baugewerbe

Heft 2 / 1974

Zur Reallohnentwicklung
Zur Getreideernte 1973
Güterumschlag in den Häfen
Kapitalgesellschaften
Lohnsteuerpflichtige



STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG - HOLSTEIN

26. Jahrgang · Heft 3

März 1974

Aktuelle Auslese



Erheblicher Rückgang der Unfälle im Straßenverkehr

Das Unfallgeschehen auf den Straßen des Landes ist zur Jahreswende erheblich zurückgegangen. Für die Monate Dezember 1973, Januar und Februar 1974 ergeben sich bei den Unfällen mit Personenschaden, den Getöteten und den Verletzten im Vergleich zum Vorjahr folgende Rückgänge:

	Unfälle	Getötete	Verletzte
Dezember	- 22 %	- 47 %	- 23 %
Januar *	- 18 %	- 51 %	- 19 %
Februar *	- 32 %	- 36 %	- 36 %

*) vorläufige Ergebnisse

In diesen 3 Monaten zusammen ist die Zahl der Unfälle gegenüber dem Vorjahr um 24 %, die Zahl der Getöteten um 45 % und die der Verletzten um 27 % zurückgegangen. Wesentliche Einflüsse in diesen Monaten waren eine milde Witterung mit wenig Eis und Schnee, Fahrverbote an den Sonntagen und eine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung von 100 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf den übrigen Straßen außerhalb geschlossener Ortschaften.



Knapp 19 000 Hochschulstudenten in Schleswig-Holstein

An den Hochschulen in Schleswig-Holstein waren im Wintersemester 1973/74 18 913 Studenten immatrikuliert. Damit hat sich die Zahl der Studenten gegenüber dem Sommersemester 1973 um 1 000 Studenten oder 5,6 % erhöht. Vergleicht man die Zahl mit der entsprechenden des Vorjahres, so ergibt sich eine Zuwachsrate von nur 3,3 %. Der hier beobachtete stärkere Anstieg vom Sommersemester auf das Wintersemester er-



Fast 408 000 Schüler in allgemeinbildenden Schulen

Im laufenden Schuljahr 1973/74 besuchen nach vorläufigen Ermittlungen 407 900 Schüler eine allgemeinbildende Schule in Schleswig-Holstein. Von den Schülern befinden sich 183 600 (45 %) in der Grundschule, 69 000 Schüler in der Hauptschule. Die Sonderschulen haben 19 400 Schüler, die Realschulen 66 800 und die Gymnasien 66 300. Hinzu kommen noch 1 800 Schüler, die eine integrierte Gesamtschule besuchen. Zum Gesamtergebnis tragen ferner die Abendrealschulen (mit knapp 700 Schülern), Abendgymnasien (mit knapp 300 Schülern) sowie ein Kolleg (mit weniger als 100 Schülern) bei.

Die Schülerzahl der allgemeinbildenden Schulen insgesamt hat sich gegenüber dem Schuljahr 1972/73 um 16 200 (4,1 %) erhöht; sie stieg in allen Schularten, jedoch recht unterschiedlich. Die größten Zunahmen haben die Realschulen und die Gymnasien aufzuweisen. Im laufenden Schuljahr gab es 5 800 Realschüler (9,4 %) und 5 100 (8,4 %) Schüler an Gymnasien mehr als im vorigen Schuljahr. Die geringste Zunahme weisen die Grundschulen auf, die von 2 100 (1,1 %) Schülern mehr besucht werden.

Aus dem Inhalt

Bruttoinlandsprodukt

Seite 51

Um bessere Aussagen über die regionalen Unterschiede der Leistungskraft machen zu können, wird das Bruttoinlandsprodukt der Kreise auf die Wirtschaftsbevölkerung bezogen. Diese unterscheidet sich von der Wohnbevölkerung durch Abzug der Auspendler und Einbezug der Einpendler, jeweils einschließlich der Angehörigen. Die zur Wirtschaftsbevölkerung eines Kreises zählenden Personen entsprechen in ihrer Abgrenzung dem Bruttoinlandsprodukt dieses Kreises. Dessen Wert, je Kopf berechnet, erlaubt regionale Vergleiche. Die Unterschiede der Berechnung je Kopf der Wohnbevölkerung und je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung veranschaulichen das örtliche Ungleichgewicht zwischen Arbeitsplätzen und Arbeitskräften, das sich über die Berufspendler ausgleichen muß. In Schleswig-Holstein haben die 4 kreisfreien Städte einen Einpendlerüberschuß, die 12 Kreise einen Auspendlerüberschuß, wobei zu bedenken ist, daß das Land im Ganzen per Saldo 75 000 Erwerbstätige als Auspendler abgibt. Das durchschnittliche BIP je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung von 9 816 DM wurde nur in 5 Kreisen übertroffen. Stormarn (+ 61 %) fällt dabei wegen seiner steuerlich hoch belasteten Produktion von Tabakwaren aus dem Rahmen, ähnlich Dithmarschen wegen seiner Mineralölindustrie. Davor rangiert jedoch mit + 28 % Pinneberg, und mit Abstand Lübeck und Segeberg. Andererseits bleiben die 3 Kreise Schleswig (- 24 %), Flensburg-Land und Ostholstein (- 21 %) um mehr als 20 % hinter dem Durchschnitt zurück. Die Zuwachsraten von 1961 bis 1970 streuen in den Kreisen von 46 bis 133 %. Die Beziehung des BIP auf die Erwerbstätigen ergibt für das Land 1970 25 213 DM je Kopf. In Form dieses Wertes werden die Wirtschaftsabteilungen miteinander verglichen, außerdem auch wieder die Kreise, was sehr differenzierte Aussagen ermöglicht.

Fachhochschulstudenten

Seite 56

Was sind Fachhochschulen, seit wann gibt es sie, welche gibt es heute, wer kann an ihnen studieren? Von 1958 bis 1961 stieg die Zahl der Lernenden an ihren Vorläufern, den Ingenieur- und höheren Fachschulen, jährlich um 11 bis 13 %. Ein hoher Stand wurde 1965 mit fast 4 000 Studenten erreicht. Die Zahl sank dann bis 1969 auf 3 500. Da sich die Voraussetzungen für das Studium und den Wechsel auf die Hochschule änderten, können kaum Gründe für die Entwicklung der Studentenzahlen genannt werden. Erst die beabsichtigte individuelle Verlaufsstatistik könnte Aussagen darüber ermöglichen. Nach Einrichtung der Fachhochschulen stiegen die Studentenzahlen bis 1972 stetig an (bis auf fast 4 900). Mit Hilfe der zur Verfügung stehenden, unvollkommenen Möglichkeiten läßt sich nur sagen, daß der Anteil der Schüler der Sekundarstufe II der Gymna-

sien, die Fachhochschulen besuchen wollen, recht gering ist; angesichts der Schwierigkeiten, die heute einem Hochschulstudium entgegenstehen, ein erstaunliches Faktum. Berufsprestige, erwarteter Verdienst, fachliche Möglichkeiten werden hier eine Rolle spielen. Größte Fachhochschule ist die für Technik in Lübeck, es folgen die für Technik und Sozialwesen in Kiel. Die Entwicklung in den einzelnen Fachbereichen war verschieden.

Bauhauptgewerbe

Seite 63

Die Bausaison 1973 war durch das milde Winterwetter begünstigt und durch die restriktiven Maßnahmen von Bundesregierung und Bundesbank im Mai und Juni gebremst worden. Im Hochbau und im Tiefbau verlief die Entwicklung verschieden. Infolge der Aussetzung des § 7 b EstG für den hier maßgeblichen Wohnungsbau gingen die Auftragseingänge im Hochbau gegenüber 1972 um 7 % zurück, was infolge der Preissteigerung (Wohnbau: 6 - 7 %) real noch mehr bedeutet. Der Tiefbau dagegen schnitt mit einem Auftragsplus von 15 % bei einer Preissteigerung von nur 3 % (Straßenbau) im Jahre 1973 günstiger ab. Zahlen über Umsatz, Löhne und Gerätebestand runden das Bild ab.

Vermögensteuer

Seite 66

Die Fähigkeit der Vermögensteuerstatistik, über die vorhandenen Vermögen etwas auszusagen, ist bis Ende 1973 dadurch stark beeinträchtigt, daß der Grundbesitz (Wohnhaus und land- oder forstwirtschaftliche Grundfläche) nach den Werten von 1935 angesetzt wurde. Da andererseits die persönlichen Freibeträge erhöht wurden, traten die meisten solcher Vermögensfälle statistisch gar nicht in Erscheinung. Das 1969 - letzte Erhebung - erfaßte Vermögen betrug 6,1 Milliarden DM, es verteilte sich auf 20 700 Steuerpflichtige, die dafür 52 Millionen DM, also knapp 1 %, Vermögensteuer zahlten. Es wird zwischen natürlichen und nichtnatürlichen Personen unterschieden und bei den Vermögensarten zwischen land- und forstwirtschaftlichem, Grund-, Betriebs- und sonstigem Vermögen. Fast die Hälfte des gesamten Rohvermögens der natürlichen Personen ist sonstiges Vermögen, das ist Kapitalvermögen, besonders Anteile an Kapitalgesellschaften, Sparguthaben und dergleichen. In der Gliederung nach Vermögensgruppen verfügen die 523 Vermögensmillionäre (3 % aller steuerpflichtigen natürlichen Personen) über 1,7 Milliarden Rohvermögen, das sind 34 % des gesamten Rohvermögens. Nichtnatürliche Personen (hauptsächlich Kapitalgesellschaften) wurden 2 230 erfaßt, die 1,8 Milliarden DM Betriebsvermögen (Einheitswert) auswiesen und dafür mit 17,5 Mill. DM steuerlich belastet wurden.

Pro-Kopf-Werte des Bruttoinlandsprodukts in den Kreisen 1961 und 1970

Wie bereits in einem Beitrag an gleicher Stelle¹ beschrieben, kann das Bruttoinlandsprodukt mit gewissen Einschränkungen für regionale Leistungsvergleiche herangezogen werden. Ausgangsgröße für die Bewertung der Wirtschaftskraft eines Kreises ist hierbei das Bruttoinlandsprodukt des Landes, das im Stadium der Entstehung ermittelt worden ist. Damit wird verglichen, was die Wirtschaftseinheiten in den einzelnen Kreisen (im folgenden verstanden als Oberbegriff zu kreisfreien Städten und Kreisen i.e.S.) an Gütern und Dienstleistungen erzeugt haben, wobei alle Leistungen in Marktpreisen gerechnet werden, die indirekten Steuern also enthalten und die Subventionen abgezogen sind. Durch diese Art der Bewertung kann das Bruttoinlandsprodukt nach Kreisen zwangsläufig kein Maßstab für die Beurteilung des Wohlstandes oder der Einkommensverhältnisse in diesen Regionen sein.

Ein regionaler Leistungsvergleich ist vor allem dann ganz entscheidend gestört, wenn das zu Marktpreisen bewertete Bruttoinlandsprodukt eines Kreises wesentlich bestimmt wird durch die Produktion von Betrieben, deren Produkte mit indirekten Steuern überdurchschnittlich hoch belastet sind. In Schleswig-Holstein gilt das für den Kreis Stormarn bezüglich der Tabaksteuer und für den Kreis Dithmarschen bezüglich der Mineralölsteuer.

Trotz dieser Nachteile wurde in dem vorangegangenen Beitrag einiges über die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung und über die unterschiedliche Wirtschaftskraft in den Kreisen gesagt. In den folgenden Ausführungen soll nunmehr untersucht werden, welche Bezugsgrößen für zusätzliche Aussagen über die Leistungskraft der Kreise herangezogen werden können und welche nicht. Dabei ist es das Ziel, die nach ihrer Gebietsgröße und Bevölkerungszahl sehr unterschiedlichen Kreise in ihrer Wirtschaftskraft besser beurteilen zu können.

Die Wohnbevölkerung ist keine Bezugsgröße für das BIP

Häufig wird das Bruttoinlandsprodukt auf die Wohnbevölkerung bezogen. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß damit ein Inlandsprodukt auf Inländer bezogen wird. Das bedeutet, daß die Leistungskraft unterbewertet wird, wenn

ein nennenswerter Teil der erwerbstätigen Bevölkerung eines Gebiets als sogenannte Auspendler außerhalb dieses Gebiets seine Arbeitskraft zur Verfügung stellt und damit dort die Leistungswerte erhöht. Ein Schleswig-Holsteiner, der in Hamburg arbeitet, leistet seinen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt in Hamburg und nicht in Schleswig-Holstein. Er ist aber mit seinen nicht erwerbstätigen Angehörigen in der Bezugszahl Wohnbevölkerung enthalten. Diese Diskrepanz ergibt bereits beim Ländervergleich für Schleswig-Holstein mit seinem bei der Volkszählung 1970 festgestellten Auspendlersaldo von rund 75 000 Erwerbstätigen ein schiefes Bild, denn die Bezugszahl Wohnbevölkerung ist für das Bruttoinlandsprodukt um die Zahl dieser Erwerbstätigen samt ihren nicht erwerbstätigen Angehörigen zu hoch. Noch größere Verzerrungen können sich in so kleinen Gebieten wie den Kreisen ergeben, bei denen kein sinnvoller Zusammenhang zwischen der Wohnbevölkerung und der Entstehung der Güter und Dienstleistungen im Wohngebiet besteht, weil viele Personen in anderen Kreisen tätig sind als sie wohnen, also Berufspendler über die Kreisgrenzen sind. Deshalb wurde versucht, eine Bezugsgröße zu finden, die sich anpaßt an das Prinzip der Inlandsproduktberechnung, bei der alles in Zusammenhang gebracht wird, was die Entstehung der Leistung in einem bestimmten Gebiet betrifft. Für diese Bezugsgröße ist die sogenannte Wirtschaftsbevölkerung geeignet. Die Wirtschaftsbevölkerung eines Kreises ergibt sich, wenn die Wohnbevölkerung des Kreises um die Zahl der Auspendler einschließlich ihrer Angehörigen vermindert und um die Zahl der Einpendler einschließlich ihrer Angehörigen erhöht wird. Hierzu konnten jetzt die Ergebnisse der Volkszählung 1970 herangezogen werden. Das ist eine Verbesserung gegenüber der bisher praktizierten Hilfslösung, nach der die Wirtschaftsbevölkerung aus Wohnbevölkerung + zweifacher Pendlersaldo ermittelt wurde. Daß diese Hilfslösung zumindest für eine auf das gesamte Land bezogene Durchschnittsberechnung gerechtfertigt ist, zeigt sich daran, daß der tatsächliche Faktor für Schleswig-Holstein mit 2,16 nur geringfügig über dem Hilfsfaktor 2 liegt. Für die einzelnen Kreise ergeben sich aber zum Teil erhebliche Unterschiede, denn der Faktor reicht von 1,76 in der kreisfreien Stadt Neumünster bis 3,04 im Kreis Nordfriesland. Trotzdem erbringt die Hilfslösung für die meisten Kreise akzeptable Ergebnisse,

¹) siehe in dieser Zeitschrift 1974, S. 3 ff. (Januar)

denn in zwölf Kreisen liegt der Faktor für 1970 zwischen 2,07 und 2,22. Die so ermittelte Wirtschaftsbevölkerung eines Kreises stellt gewissermaßen das Bevölkerungspotential dar, das für den Ablauf des Wirtschaftsprozesses im Kreis erforderlich ist.

Ein Vergleich der auf den Kopf der Wohn- und der Wirtschaftsbevölkerung bezogenen Werte des Bruttoinlandsprodukts veranschaulicht besonders das örtliche Ungleichgewicht zwischen Arbeitsplatzkapazität und Arbeitskräftepotential. Der Ausgleich über die Pendler wird am Beispiel der kreisfreien Stadt Kiel deutlich, in der die Wohnbevölkerung als Bezugsszahl 1970 zu einem Pro-Kopf-Betrag von 11 047 DM führte gegenüber nur 9 210 DM Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung, was auf einen erheblichen Einpendlerüberschuß hinweist. Der städtische Pendlersog wird vor allem von den angrenzenden Kreisen Plön und Rendsburg-Eckernförde befriedigt. So bewirkte der Auspendlerüberschuß des Kreises Plön einen Pro-Kopf-Betrag der Wirtschaftsbevölkerung von 7 856 DM im Jahre 1970 gegenüber dem der Wohnbevölkerung von nur 5 901 DM. Wenn also in einem Kreis der Wert je Person der Wohnbevölkerung größer ist als je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung, so beweist das, daß hier Pendler aus Nachbarkreisen mit ihrer Arbeitskraft zum Wirtschaftsergebnis beigetragen haben.

In Schleswig-Holstein ist mit Ausnahme der vier kreisfreien Städte in allen übrigen Kreisen die Wirtschaftsbevölkerung kleiner als die Wohnbevölkerung. Also nur in den kreisfreien Städten besteht ein Einpendlerüberschuß. Das bedeutet wiederum, daß bei der Bezugsgröße Wohnbevölkerung die kreisfreien Städte zu gut und die übrigen Kreise zu schlecht beurteilt werden. Deshalb liegen auch bei der Bezugsgröße Wohnbevölkerung alle vier kreisfreien Städte über dem Landesergebnis, während bei der Bezugsgröße Wirtschaftsbevölkerung nur Lübeck überdurchschnittlich gut abschneidet.

Die Verzerrung steigt dabei mit der Höhe des Pendlersaldos. So wirkte sich der Auspendlersaldo von rund 75 000 Erwerbstätigen im Jahre 1970 für das Land Schleswig-Holstein dahingehend aus, daß das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung immerhin um 643 DM oder 7,0% größer ist als das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wohnbevölkerung. Noch wesentlich gravierender sind diese Unterschiede in einigen Kreisen. Am höchsten ist diese Differenz im Kreis Stormarn mit einem Plus von 4 181 DM oder 35,9% beim Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung. Beim Kreis Stormarn ist

Das Bruttoinlandsprodukt
je Kopf der Wohn- und Wirtschaftsbevölkerung 1970

KREISFREIE STADT Kreis	Bruttoinlandsprodukt je Kopf der		Differenz Sp. 2 minus Sp. 1	
	Wohn- bevöl- kerung	Wirt- schafts- bevöl- kerung ¹	DM	in % von Sp. 2
	DM			
FLENSBURG	11 594	9 629	- 1 965	- 16,9
KIEL	11 047	9 210	- 1 837	- 16,6
LÜBECK	11 367	10 449	- 918	- 8,1
NEUMÜNSTER	9 573	9 080	- 493	- 5,1
Dithmarschen	11 753	12 063	310	2,6
Flensburg-Land	5 909	7 758	1 849	31,3
Hzgt. Lauenburg	6 832	8 641	1 809	26,5
Nordfriesland	7 976	8 048	72	0,9
Ostholstein	6 885	7 764	879	12,8
Pinneberg	9 907	12 554	2 647	26,7
Plön	5 901	7 856	1 955	33,1
Rendsburg-Eckernförde	7 803	8 929	1 126	14,4
Schleswig	7 229	7 464	235	3,3
Segeberg	8 210	10 361	2 151	26,2
Steinburg	8 820	9 353	533	6,0
Stormarn	11 657	15 838	4 181	35,9
Schleswig-Holstein	9 173	9 816	643	7,0

1) Wohnbevölkerung \pm Pendlersaldo einschl. Angehörige nach der Volkszählung 1970

das allerdings trotz dieses Ausmaßes von zweitrangiger Bedeutung, weil dieser Kreis infolge des hohen Anteils der Tabaksteuer am Bruttoinlandsprodukt bei beiden Bezugsgrößen an der Spitze aller Kreise liegt. Wesentlich wichtiger wird die Bezugsgröße bei der Darstellung eines Leistungsgefälles zwischen den Kreisen aber beispielsweise für den Kreis Segeberg, der mit der Wohnbevölkerung als Bezugsgröße unter dem Landesdurchschnitt bleibt und an 9. Stelle liegt, während das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung an 5. Stelle eine überdurchschnittliche Leistungskraft bescheinigt. Umgekehrt ist es in Kiel, das mit seinem Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wohnbevölkerung erheblich über dem Landesdurchschnitt an 5. Stelle liegt, dagegen mit dem Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung unter den Landesdurchschnitt rutscht und die 8. Stelle einnimmt.

Diese Darstellung zeigt, daß nicht generell geschlossen werden darf, daß die kreisfreien Städte wirtschaftsstark seien, weil sie allein per Saldo zusätzlich Erwerbstätige aus anderen Kreisen anziehen, und daß alle anderen Kreise schwächer strukturiert seien. Dann müßten nämlich die kreisfreien Städte im Leistungsvergleich an der Spitze liegen. Hierzu kann lediglich gesagt werden, daß in einem Kreis mit Einpendlerüberschuß die Arbeitsplatzkapazität größer ist als das dort ansässige Arbeitskräftepotential. Das Leistungsgefälle

wird aber daran gemessen, was pro Kopf der am Wirtschaftsprozeß Beteiligten an Bruttoinlandsprodukt im jeweiligen Kreis entstanden ist. Das hängt aber wiederum sehr stark von der relativen Bedeutung der einzelnen Wirtschaftsbereiche ab, d. h. die Höhe des Bruttoinlandsprodukts wird ganz wesentlich bestimmt durch die Beiträge der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt, also durch die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur in den einzelnen Kreisen. So lagen 1970 trotz großen Auspendlerüberschusses die Kreise Stormarn, Pinneberg und Segeberg bei einer Rangordnung der Kreise nach ihren Werten je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung auf den vordersten Plätzen.

Nur 5 Kreise mit überdurchschnittlichem BIP je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung

In Schleswig-Holstein wurden 1970 je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung 9 816 DM erwirtschaftet. Eine überdurchschnittliche Leistung können nur fünf Kreise aufweisen. Dabei fällt der um 61% über dem Landesdurchschnitt liegende Pro-Kopf-Betrag des Kreises Stormarn völlig aus dem Rahmen, was nahezu ausschließlich auf die wirtschaftliche Bedeutung der Tabakindustrie für diesen Kreis zurückzuführen ist, die insbesondere auch wegen des hohen Anteils der Tabaksteuer am Bruttoinlandsprodukt die Vergleichbarkeit mit anderen Kreisen stark beeinträchtigt. Eine ähnliche Beeinträchtigung der Vergleichbarkeit ist für den Kreis Dithmarschen wegen der großen Bedeutung der Mineralölverarbeitung mit ihrem hohen Anteil an Mineralölsteuer gegeben. Trotz dieser Verzerrung liegt der Kreis Pinneberg mit einem Pro-Kopf-Betrag von 12 554 DM noch vor Dithmarschen auf dem zweiten Platz und um 28% über dem Landesdurchschnitt. Mit bereits beträchtlichem Abstand zu den drei führenden Kreisen folgt dann die kreisfreie Stadt Lübeck vor dem Kreis Segeberg.

Setzt man das Landesergebnis gleich 100, dann bleiben in Schleswig-Holstein immerhin drei Kreise noch unter der Meßziffer 80. Das bedeutet, in diesen Kreisen werden nicht einmal vier Fünftel der durchschnittlichen Leistung je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung erbracht. Am schlechtesten schneidet dabei der Kreis Schleswig mit einer Meßziffer von 76 ab. Nur wenig besser sind die Ergebnisse für die Kreise Flensburg-Land und Ostholstein, die jeweils eine Meßziffer von 79 aufweisen. Von den kreisfreien Städten liegt Flensburg mit 98% nur geringfügig unter dem Landesergebnis, während Kiel und Neumünster mit 94% und 93% bereits merklich darunter bleiben.

Die Zuwachsraten des BIP je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung streuen von 45,7% bis 132,7%

Von 1961 bis 1970 ist das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung in Schleswig-Holstein von 4 972 DM auf 9 816 DM gestiegen und hat sich damit nahezu verdoppelt. Auch bei dieser Steigerungsrate ergeben sich zwischen den Kreisen zum Teil erhebliche Unterschiede und die Rangfolge der Kreise nach der Steigerungsrate der Pro-Kopf-Werte ist wesentlich anders als die Rangfolge nach den Pro-Kopf-Werten 1970. Daran zeigt sich, daß die wirtschaftliche Entwicklung in den Kreisen doch recht unterschiedlich verlaufen ist. Andererseits muß man sich bei einer derartigen Rangfolge vergegenwärtigen, daß das unterschiedliche Ausgangsniveau in den einzelnen Kreisen eine nicht unerhebliche Rolle spielt. So schneidet beispielsweise bei dieser Betrachtungsweise der Kreis Flensburg-Land vor allem deswegen so gut ab, weil das Ausgangsniveau mit 3 826 DM im Jahre 1961 das niedrigste aller Kreise war. Aber trotz dieser sechsthöchsten Zuwachsrate von 102,8% zwischen 1961 und 1970 erhöhte sich im Kreis Flensburg-Land der Pro-Kopf-Betrag relativ nur geringfügig von 77% auf 79% des Landesdurchschnitts.

Das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung in den Kreisen 1961 und 1970

KREISFREIE STADT Kreis	Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung		Zuwachsrate	
	1961 ¹	1970 ²	ins- gesamt	durch- schnitt- lich jährlich
	DM			%
FLensburg	5 075	9 629	89,7	7,4
KIEL	4 749	9 210	93,9	7,6
LÜBECK	5 346	10 449	95,5	7,7
NEUMÜNSTER	4 866	9 080	86,6	7,2
Dithmarschen	5 183	12 063	132,7	9,8
Flensburg-Land	3 826	7 758	102,8	8,2
Hzgt. Lauenburg	4 256	8 641	103,0	8,2
Nordfriesland	4 206	8 048	91,3	7,5
Ostholstein	4 046	7 764	91,9	7,5
Pinneberg	5 611	12 554	123,7	9,4
Plön	3 956	7 856	98,6	7,9
Rendsburg-Eckernförde	4 396	8 929	103,1	8,2
Schleswig	3 964	7 464	88,3	7,3
Segeberg	4 821	10 361	114,9	8,9
Steinburg	4 875	9 353	91,9	7,5
Stormarn	10 874	15 838	45,7	4,3
Schleswig-Holstein	4 972	9 816	97,4	7,9

1) Wohnbevölkerung ± zweifacher Pendlersaldo

2) Wohnbevölkerung ± Pendlersaldo einschließlich Angehörige nach der Volkszählung 1970

Die weitaus höchste Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung zwischen 1961 und 1970 von 132,7% ergibt sich im Kreis Dithmarschen, was ganz wesentlich auf die erheblich über dem Durchschnitt liegende Steigerungsrate im Mineralölbereich zurückzuführen ist. Noch bemerkenswerter ist aber die Zuwachsrate des Kreises Pinneberg von 123,7%, weil hier die Wirtschaftsstruktur wesentlich ausgeglichener und nicht durch einen relativ hohen Anteil der indirekten Steuern verzerrt ist. Dadurch konnte der Kreis Pinneberg im Vergleich zum Landesergebnis seine Meßziffer von 113 im Jahre 1961 um 15 Punkte auf 128 im Jahre 1970 erhöhen. Annähernd so positiv war nur noch die Entwicklung im Kreis Segeberg mit einer Zuwachsrate von 114,9% und einer Verbesserung der Meßziffer von 97 auf 106. Erwähnenswert ist ferner die positive Entwicklung im Kreis Rendsburg-Eckernförde, der zwar noch erheblich unter dem Durchschnitt liegt, seine Meßziffer aber von 88 auf 91 erhöhen konnte.

Die mit erheblichem Abstand geringste Zuwachsrate von 45,7% errechnet sich für den Kreis Stormarn, was einmal auf den bereits im Jahre 1961 weitaus höchsten Pro-Kopf-Betrag aller Kreise (Meßziffer 219), zum anderen aber auch auf die Stagnation der Tabakindustrie, des hier dominierenden Wirtschaftszweiges zurückzuführen ist. Eine auch nur annähernd vergleichbar niedrige Zuwachsrate hat kein anderer Kreis. Trotzdem bleibt erwähnenswert, daß in der kreisfreien Stadt Neumünster die niedrige Steigerungsrate von 86,6% zu einer Abnahme der Meßziffer von 98 auf 93 führte und vor allem der Kreis Schleswig seine bereits 1961 sehr niedrige Meßziffer von 80 noch um 4 Punkte auf 76 verschlechterte.

Produktivitätsvergleich durch das BIP je Erwerbstätigen

Stellt man das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen in Relation zu den Erwerbstätigen im Inland, dann erhält man einen Wert für die gesamtwirtschaftliche Produktivität. Hierfür stehen Erwerbstätigenzahlen aus den Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählungen der Jahre 1961 und 1970 zur Verfügung. Dabei sind die in der Arbeitsstättenzählung erfaßten Erwerbstätigen entsprechend der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt des Unternehmens den jeweiligen Wirtschaftsbereichen zugeordnet.

Im Jahre 1970 wurden in Schleswig-Holstein durchschnittlich 25 213 DM je Erwerbstätigen erwirtschaftet. Bei einer Aufgliederung nach Wirtschaftsbereichen fällt auf, daß nur das

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in den Wirtschaftsbereichen und kreisweise 1970

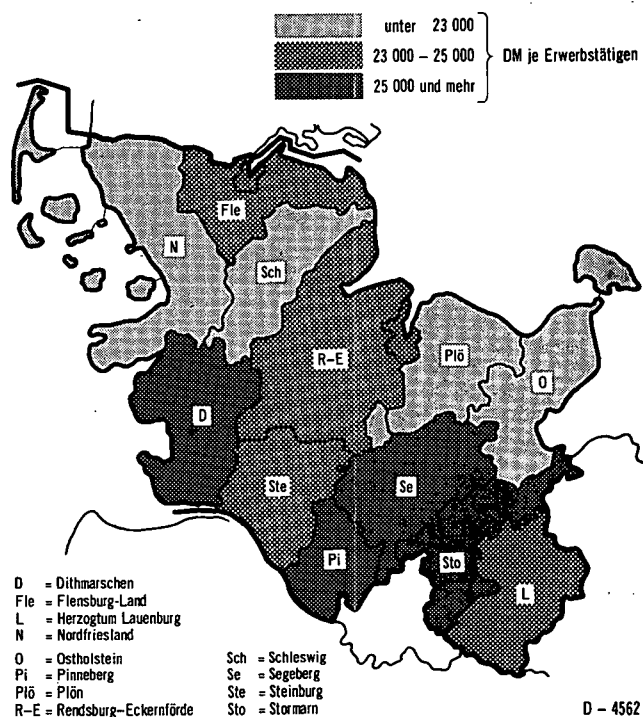
KREISFREIE STADT Kreis	Brutto- inlands- produkt je Erwerbs- tätigen insges.	davon im Wirtschaftsbereich				
		Land- u. Forst- wirt- schaft, gew. Tier- haltung u. Fischerei	waren- produ- zieren- des Ge- werbe	Handel, Verkehr u. Nach- richten- über- mittlung	übrige Dienst- leistun- gen ¹	
		DM				
FLENSBURG	24 423	19 645	24 736	26 367	20 212	
KIEL	23 141	32 023	19 878	24 441	23 032	
LÜBECK	25 228	16 695	23 838	25 800	23 852	
NEUMÜNSTER	21 958	20 193	22 371	20 981	19 216	
Dithmarschen	33 178	19 184	55 518	22 292	20 305	
Flensburg-Land	23 075	15 811	23 033	31 128	23 872	
Hzgt. Lauenburg	23 197	15 952	23 330	25 370	20 342	
Nordfriesland	21 846	19 867	24 970	22 245	17 493	
Ostholstein	20 969	17 242	22 227	20 291	18 243	
Pinneberg	29 222	13 490	31 204	29 877	23 965	
Plön	22 412	15 532	24 715	20 654	20 934	
Rendsburg-Eckernförde	23 709	15 820	27 700	23 529	19 584	
Schleswig	20 798	15 739	23 442	20 509	18 760	
Segeberg	25 824	16 093	27 847	27 170	21 634	
Steinburg	24 756	17 265	26 620	25 781	21 070	
Stormarn	38 032	15 330	52 965	26 018	24 073	
Schleswig-Holstein	25 213	16 803	27 865	24 685	21 246	

1) ohne Wohnungsvermietung

warenproduzierende Gewerbe mit seinen Unterbereichen Energiewirtschaft und Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe überdurchschnittlich gut abschneidet. Im Jahre 1970 wurden hier fast 2 700 DM je Erwerbstätigen mehr erwirtschaftet als in der schleswig-holsteinischen Wirtschaft insgesamt. Nur geringfügig unter dem Durchschnitt liegt die Produktivität im Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Dagegen erwirtschafteten die Erwerbstätigen im Wirtschaftsbereich übrige Dienstleistungen mit Dienstleistungsgewerbe unter Ausklammerung der Wohnungsvermietung, in der es keine Erwerbstätigen im eigentlichen Sinne gibt, Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter bereits fast 4 000 DM weniger, während im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei - im folgenden abgekürzt als Land- und Forstwirtschaft bezeichnet - das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen sogar um rund 8 400 DM unter dem Landesdurchschnitt bleibt.

Im Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen liegen 1970 dieselben fünf Kreise über dem Landesdurchschnitt wie bei dem Bruttoinlandsprodukt je Wirtschaftsbevölkerung, die Reihenfolge ist nur geringfügig verschoben. Und zwar haben der Kreis Dithmarschen mit dem Kreis Pinneberg und der Kreis Segeberg mit der kreisfreien Stadt Lübeck die Plätze

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen 1970



warenproduzierenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt bestimmt wird.

Im warenproduzierenden Gewerbe wurden 1970 in Schleswig-Holstein 27 865 DM je Erwerbstätigen erwirtschaftet, wobei die Unterschiede zwischen den Kreisen in diesem Wirtschaftsbereich weitaus am größten sind. Die wirtschaftliche Leistung je Erwerbstätigen liegt nämlich zwischen 55 518 DM im Kreis Dithmarschen und 19 878 DM in der kreisfreien Stadt Kiel. Das obere Extrem und die nur wenig geringeren 52 965 DM je Erwerbstätigen im Kreis Stormarn werden durch die Mineralölverarbeitung und die Tabakindustrie bestimmt, während das untere Extrem in Kiel auf die Werftindustrie zurückzuführen ist, die zwar sehr vielen Erwerbstätigen einen Arbeitsplatz gibt, deren Beitrag je Erwerbstätigen zum Bruttoinlandsprodukt aber wegen der typischen Produktionsstruktur dieses Wirtschaftszweiges relativ gering ist. Sieht man von diesen Besonderheiten ab, dann liegen die Kreise immer noch zwischen 31 204 DM im Kreis Pinneberg und 22 227 DM im Kreis Ostholstein, womit bewiesen wird, daß die Produktivität gerade in den einzelnen Branchen des warenproduzierenden Gewerbes doch recht unterschiedlich ist.

Aber auch im Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, der auf durchschnittlich 24 685 DM Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen kommt, liegen die Kreise noch relativ weit auseinander. 20 291 DM je Erwerbstätigen im Kreis Ostholstein stehen hier immerhin 31 128 DM im Kreis Flensburg-Land gegenüber. Die gleichmäßigste Verteilung tritt bei den übrigen Dienstleistungen auf, bei denen im Kreis Stormarn mit 24 073 DM der höchste und im Kreis Nordfriesland mit 17 493 DM der niedrigste Wert erreicht wurde. Dagegen sind in der Land- und Forstwirtschaft durch besondere Strukturen in bestimmten Kreisen die erzielten Leistungen extrem unterschiedlich. Sie reichen bei einem Durchschnittswert von 16 803 DM von 13 490 DM im Kreis Pinneberg bis 32 023 DM in der kreisfreien Stadt Kiel, deren hoher Wert durch die Fischerei bereits erklärt wurde. Im Kreis Pinneberg herrschen wegen der Baumschulen und Blumenzuchtbetriebe besondere Verhältnisse. Die dort erzielten Leistungen werden durch das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen aber unter ihrem eigentlichen Wert wiedergegeben, weil die Erwerbstätigen hier zu einem Zeitpunkt des höchsten Beschäftigungsstandes ermittelt wurden und die jahresdurchschnittliche Anzahl der Erwerbstätigen wesentlich geringer ist. Klammert man die beiden Extreme aus, dann liegen die

getauscht. Insgesamt streute das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen immerhin zwischen 38 032 DM im Kreis Stormarn und 20 798 DM im Kreis Schleswig. Und selbst wenn man die durch den hohen Anteil der indirekten Steuern verfälschten Ergebnisse der Kreise Stormarn und Dithmarschen ausklammert, bleibt die Differenz zwischen dem Kreis Pinneberg und dem Kreis Schleswig mit 8 424 DM immer noch sehr groß. Die erheblichen Unterschiede zwischen den Kreisen werden weiter verdeutlicht durch eine Einstufung in drei Gruppen, nach der in fünf Kreisen überdurchschnittlich viel erwirtschaftet wurde, während die Leistung in sechs Kreisen zwischen 23 000 DM und 25 000 DM geringfügig und in fünf Kreisen mit weniger als 23 000 DM je Erwerbstätigen erheblich unter dem Landesdurchschnitt blieb.

Was für das ganze Land gilt, nämlich daß im warenproduzierenden Gewerbe die Produktivität am größten ist, trifft nicht für alle Kreise zu. In den kreisfreien Städten Flensburg, Kiel und Lübeck und in den Kreisen Flensburg-Land und Hzt. Lauenburg ist der Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung am produktivsten, wenn man in Kiel einmal von dem hier unbedeutenden Bereich Land- und Forstwirtschaft absieht, der aber wegen der Fischerei auf eine sehr hohe Produktivität kommt. Trotzdem bleibt grundsätzlich die Erkenntnis erhalten, daß bei einem Vergleich der Kreise nach ihrer Wirtschaftskraft die Rangfolge ganz wesentlich vom Anteil des

erzielten Produktivitäten in der Land- und Forstwirtschaft ziemlich dicht zusammen.

Die Produktivitäten in den Kreisen - gemessen am Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen je Erwerbstätigen - können für 1961 und 1970 jeweils für Leistungsvergleiche herangezogen werden. Diese Werte sind aber nicht dazu geeignet, die Produktivitätssteigerungen zwischen 1961 und 1970 darzustellen, weil in ihnen die Preissteigerungen in dieser Zeitspanne enthalten sind. Hierfür müßte man das reale Bruttoinlandsprodukt heranziehen, das aber für die Kreisberechnungen noch nicht zur Verfügung steht. Neuere Werte für das Bruttoinlandsprodukt liegen in Preisen von 1962 vorerst nur für das Land vor. Wie stark aber die Unterschiede zwischen der realen und der nominalen Betrachtungsweise sind, soll hier einmal am Beispiel des Landes dargestellt werden.

Von 1961 bis 1970 stieg in Schleswig-Holstein das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen um 50,9%, was einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 4,7% entspricht. Dagegen ergibt sich nach den Kreisberech-

nungen für das Land bei den nominalen Werten eine Steigerung von insgesamt 111,7% oder durchschnittlich jährlich 8,7%. Dabei kommt die Preiskomponente in einzelnen Wirtschaftsbereichen noch stärker zum Tragen: in der Land- und Forstwirtschaft stehen real 50,0% nominal 98,5% gegenüber, im warenproduzierenden Gewerbe sind die entsprechenden Werte 58,2% und 107,9% und im Bereich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung 59,4% und 108,6%. Noch wesentlich stärker machen sich die Preissteigerungen bei den übrigen Dienstleistungen bemerkbar, denn hier ist das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein nur um 19,8% gestiegen, während die Zuwachsrate des nominalen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen bei 103,7% liegt. Diese große Differenz bei den übrigen Dienstleistungen ist darauf zurückzuführen, daß in den Unterbereichen Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter die Preissteigerungen fast ausschließlich auf Lohn- und Gehaltssteigerungen beruhen und deshalb überdurchschnittlich hoch sind.

Peter Möller

Studenten an Fachhochschulen in Schleswig-Holstein

Im Oktober 1968 verabschiedeten die Ministerpräsidenten der Bundesländer zwei Abkommen, die den Rahmen für die Entwicklung der Fachhochschulen und Fachoberschulen setzten. Damit war für die Bundesrepublik der Start für eine Reform des Ingenieur- und höhere-Fachschul-Wesens gegeben.

Mit dem Gesetz über Fachhochschulen in Schleswig-Holstein¹ vom 26. Juni 1969 realisierte das nördlichste Bundesland schon sehr früh die Vorstellungen der Ministerpräsidenten, indem es die Fachhochschulen in den Hochschulbereich eingliederte. Die Aufgabe der Fachhochschulen besteht darin, den Studenten in mindestens einer Fachrichtung auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse eine berufliche Bildung zu vermitteln, die ihn "zu selbständiger Tätigkeit auf technischem, nautischem, wirtschaftlichem, sozialem oder kulturellem Gebiet sowie im öffentlichen Dienst befähigt".

Folgende Fachhochschulen sind seit 1969 in Schleswig-Holstein errichtet worden (s. nächste Seite).

Die ehemals öffentliche, nichtstaatliche Ingenieurschule für Landbau der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein in Schleswig, die Muthesius-Werkkunstschule in Kiel und die private Fachhochschule für Wirtschaft in Kiel sind durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Fachhochschulen im Lande Schleswig-Holstein² vom 6. November 1972 zu Fachbereichen der staatlichen Fachhochschule Kiel erklärt worden. Die staatlich anerkannte Fachhochschule in Wedel ist damit die einzige private in Schleswig-Holstein.

Voraussetzung für ein Studium an Fachhochschulen

Mit Gründung der Fachhochschulen wurde gleichzeitig der Begriff Fachhochschulreife eingeführt. In Schleswig-Holstein kann dieser

¹) Nachrichtenblatt des Kultusministers des Landes Schleswig-Holstein 1969, Nr. 14, S. 173

²) Gesetz und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein, 1972, Nr. 17, V 3232 A

1. Fachhochschule Flensburg mit dem Fachbereich
Maschinenbau und Schiffsbetriebstechnik in Flensburg
2. Fachhochschule Kiel mit den Fachbereichen
 - a) Technik in Kiel
 - b) Hoch- und Ingenieurbau in Eckernförde
 - c) Textiltechnik in Neumünster
 - d) Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Kiel
 - e) Landbau in Rendsburg
 - f) Gestaltung in Kiel
 - g) Wirtschaft in Kiel
3. Fachhochschule Lübeck mit den Fachbereichen
 - a) Technik in Lübeck
 - b) Bauwesen in Lübeck
 - c) Seefahrt in Lübeck
4. Fachhochschule für Musik in Lübeck³
5. Fachhochschule Wedel
– staatlich anerkannte Fachhochschule
für Physikalische Technik und Informationstechnik

- Staatliche Ingenieurschule, Flensburg*
- Staatliche Ingenieurschule, Kiel*
- Staatliche Ingenieurschule für Bauwesen, Eckernförde*
- Textilfach- und Ingenieurschule, Neumünster*
- Höhere Fachschule für Sozialarbeit
des Landes Schleswig-Holstein in Kiel
sowie Städtische Bildungsanstalt für Frauenberufe,
Abteilung höhere Fachschule für Sozialpädagogik in Kiel
und in Lübeck*
- Ingenieurschule für Landbau, Schleswig*
- Muthesius-Werkkunstschule, Kiel*
- Höhere Wirtschaftsfachschule der Stadt Kiel*
- Staatliche Ingenieurschule für Maschinenbau, Elektrotechnik
und Physikalische Technik in Lübeck*
- Staatliche Ingenieurschule für Bauwesen in Lübeck*
- Staatliche Seefahrtsschule in Lübeck – Fachschule*
- Schleswig-Holsteinische Musikakademie
und Norddeutsche Orgelschule in Lübeck – Fachschule*
- Physikalisch-Technische Lehranstalt
– Staatlich anerkannte Ingenieurschule
für Physikalische Technik in Wedel*

Schulabschluß durch den Nachweis der Ver-
setzung von der 12. in die 13. Klasse des
Gymnasiums erworben werden. Schüler inner-
halb der Studienstufe des Gymnasiums
– unterrichtet werden die Pflichtfächer und
die individuellen Schwerpunktfächer in Kursen
nach Themenbereichen – erlangen die Fach-
hochschulreife nach einem Punktesystem.
Zum Erwerb der Fachhochschulreife muß der
Schüler die Hälfte der zum Abitur (allgemeine
Hochschulreife) notwendigen Punkte und die
Hälfte der zum Abitur erforderlichen Kurs-
bescheinigungen nachweisen.

Neben der allgemeinen Hochschulreife⁴ berech-
tigt nach dem Gesetz über Fachhochschulen
im Lande Schleswig-Holstein auch die fach-
gebundene Hochschulreife zum Studium an
Fachhochschulen. An wissenschaftlichen Hoch-
schulen eröffnet sie das Studium nur in

ausgewählten Studiengängen. Nach dem Gesetz
über Fachhochschulen von 1969 konnte auch
derjenige die fachgebundene Hochschulreife
erlangen, der nach drei Semestern an der
Fachhochschule eine Zwischenprüfung mit
qualifiziertem Abschluß ablegte. Dieser
Abschluß erlaubte dem Studenten, das Studium
seiner Fachrichtung an einer wissenschaft-
lichen Hochschule fortzusetzen. Nach dem
Gesetz über die Hochschulen des Landes
Schleswig-Holstein vom 2. Mai 1973, das das
Gesetz über Fachhochschulen ablöste, bedarf
es für die Bedingungen dieses speziellen
Qualifikationsnachweises einer Verordnung des
Kultusministers (§ 73).

Der erfolgreiche Abschluß eines Fach-
hochschulstudiums, die Graduierung, gilt als
Qualifikation für jedes Studium an einer
Hochschule.

Die früheren Ingenieur- und höheren Fach-
schulen konnte man besuchen, wenn man die
mittlere Reife und – meistens – eine praktische
Ausbildung (Lehre oder Praktikum) besaß. Mit
der Errichtung der Fachhochschulen wurden
die Anforderungen an die schulischen Voraus-
setzungen angehoben. Der jetzt angesprochene

3) Durch das Gesetz über die Hochschulen des Landes Schleswig-
Holstein seit Mai 1973 Musikhochschule

4) In Schleswig-Holstein verleihen seit 1970 auch die Fachgymnasien
– Wirtschaftsgymnasien, sozialwirtschaftliches und technisches
Gymnasium – die allgemeine Hochschulreife für ein Studium an den
Hochschulen in Schleswig-Holstein. (Erlasse des Kultusministers
vom 8. April und 24. September 1970, Nbl. des Kultusministers)

bildungswillige Personenkreis ist mit den Ausbildungskandidaten für die ehemaligen Ingenieur- und höheren Fachschulen nicht mehr identisch. Die meisten der früheren Bewerber hätten heute nur dann Chancen, wenn sie die zusätzlichen Schulanforderungen auf sich nähmen und sich nicht von dem einmal gesetzten Berufsziel abbringen ließen.

Zahl der Studenten an Fachhochschulen bis 1969

Mit Ausnahme der heutigen Fachhochschule Kiel, Fachbereiche Gestaltung und Wirtschaft, und der Fachhochschule Lübeck, Fachbereich Technik, liegen seit 1958 von den damaligen Ingenieur- und höheren Fachschulen Ergebnisse der Kollektiverhebung im Herbst jedes Jahres vor. Von 1958 bis 1961 stieg die Zahl der Lernenden an diesen Einrichtungen jährlich um 11 bis 13% von 1 800 auf 2 550 Studierende. Da ab 1962 die heutige Fachhochschule Lübeck, Fachbereich Technik, und ab 1963 die heutige Fachhochschule Kiel, Fachbereich Gestaltung, in die Erhebung einbezogen wurden, stieg die Zahl der Schüler in diesen Jahren um gut 19% und um knapp 22% auf 3 700 Schüler. Die Zuwachsrate 1963/1964 betrug dann nur noch 5% (gut 3 900 Schüler) und die für 1964/1965 knapp 1% (3 950 Schüler). Seit 1965 liegen auch die Ergebnisse für die heutige Fachhochschule Kiel, Fachbereich Wirtschaft vor. In den folgenden Jahren nahm dennoch die Zahl der Studierenden im jetzigen Fachhochschulbereich ab, wie die folgenden Zahlen zeigen:

1958	1 811	1964	3 921
1959	2 035	1965	3 948 ^a
1960	2 265	1966	3 786
1961	2 565	1967	3 607
1962	3 059	1968	3 515
1963	3 741	1969	3 522

a) einschließlich s 180 für den heutigen Fachbereich Gestaltung der Fachhochschule Kiel, für den 1965 keine Angaben vorlagen

Die Ursachen für die bis 1969, dem Jahr der Einrichtung der Fachhochschulen in Schleswig-Holstein, zu beobachtende Tendenz einer Abnahme der Studierenden an den früheren Ingenieur- und höheren Fachschulen (Fachschulbereich) sind schwer zu finden. Die bloße Feststellung der Veränderung von Bestandsgrößen läßt keine Aussage darüber zu, welche Einflüsse ursächlich auf die Entwicklung der Studentenzahlen wirken. Eine Bestandsveränderung ergibt sich zwingend aus den folgenden Einflüssen:

1. Zugänge aus dem Schulbereich in den Fachschulbereich
2. Vorzeitiges Ausscheiden aus dem Fachschulbereich
3. Abgänge aus dem Fachschulbereich nach erfolgreichem Abschluß

Da hier die Studentenzahlen nur eines Bundeslandes aufgezeigt werden, muß auch die Fluktuation der Studierenden der früheren Ingenieur- und höheren Fachschulen zwischen Schleswig-Holstein und den übrigen Bundesländern berücksichtigt werden.

Quantitative Aussagen könnten zwar in einem begrenzten Rahmen zu Punkt 1 gemacht werden, denn der Zugang in den Fachschulbereich zeigt sich an der Zahl der Studienanfänger, und diese liegt für den fraglichen Zeitraum vor. Für die Entwicklung der Studentenzahlen werden aber gleichzeitig die in Punkt 2 und 3 genannten Momente wirksam. Da statistische Informationen über sie nicht vorliegen, kann von dort her über die Ursachen der Änderung der Bestände nichts gesagt werden. Dazu müßte es eine Verlaufstatistik geben, die sich auf den einzelnen Studenten bezieht und ihn von Zeitpunkt zu Zeitpunkt der Beobachtung identifiziert. Es besteht die Absicht, langfristig eine solche individualisierte Verlaufstatistik aufzubauen.

Die Entwicklung der Studentenzahl nach 1969

Nach der Einrichtung der Fachhochschulen 1969 in Schleswig-Holstein stieg die Zahl der Studenten bis zum Wintersemester 1972 in diesem Hochschulbereich, wie der semesterweisen Darstellung entnommen werden kann:

Semester	Studenten	Jährliche Zuwachsrate	Semester	Studenten	Jährliche Zuwachsrate
WS 1969/70	3 522		WS 1971/72	4 576	8 %
SS 1970	3 581 ^a	2 %	SS 1972	4 871	6 %
WS 1970/71	3 973	11 %	WS 1972/73	4 864	0 %
SS 1971	4 253 ^a	7 %	SS 1973	4 579	6 %

a) einschließlich s 200 (1970) und s 230 (1971) für den Fachbereich Gestaltung, für den keine Angaben vorlagen

Diese Ergebnisse der Studentenstatistik zeigen, daß im Sommersemester 1972 und im Wintersemester 1972/73 der Besuch der Fachhochschulen am stärksten war. Im Sommersemester 1973 wurde die Kollektivstatistik aufgegeben und die Studenten wurden erstmals individuell befragt. Bei dieser Methode können Antwort-Ausfälle entstehen, die dann eine Erklärung für das Ergebnis der Studentenstatistik des Sommersemesters 1973 wären.

Der relativ hohe Anstieg der Studentenzahlen vom Sommersemester 1970 zum Wintersemester 1970/71 um 11% läßt sich u. a. dadurch erklären, daß die im Fachhochschulgesetz festgelegten Studienbedingungen - allgemeine Hochschulreife, fachgebundene Hochschulreife oder Fachhochschulreife - erst mit Wirkung zum 1. August 1971 in Kraft traten. Es kann vermutet werden, daß sich die Studienwilligen verstärkt zu diesem Zeitpunkt nach alten Voraussetzungen (mittlere Reife und praktische Ausbildung) einen Studienplatz sichern wollten.

Die seit dem Wintersemester 1971/72 zu beobachtende Entwicklung der Studentenzahlen an den Fachhochschulen - fallende Zuwachsrate, kein Anstieg, Abnahme - muß überraschen, wenn man sich dazu den Ansturm der Studienwilligen auf den übrigen Hochschulbereich vor Augen hält. Ein Vergleich der Zuwachsraten der Studenten für die hier genannten Semester mit denen an den wissenschaftlichen Hochschulen führt hier nicht weiter, da der auch an Schleswig-Holsteins Universität und pädagogischen Hochschulen eingeführte Numerus clausus die tatsächlich vorhandene Nachfrage nach Studienplätzen nicht ganz in Erscheinung treten läßt. Zulassungsbeschränkungen für ein Studium an Fachhochschulen wurden in Schleswig-Holstein erstmals zum Sommersemester 1973 für den Fachbereich Sozialwesen ausgesprochen.

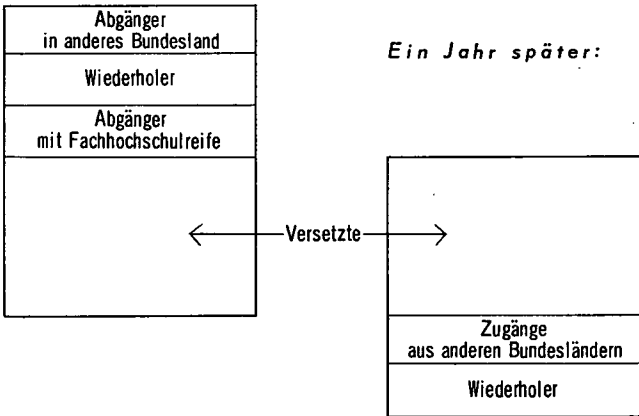
Nachdem die Kultusbehörde die Bestimmungen für den Zugang zum Fachhochschulstudium gesetzlich neu geregelt hat, muß der hier angesprochene Schüler der Sekundarstufe II die Entscheidung treffen, ob er den Schulbereich mit Fachhochschulreife verlassen will. Wie hoch der Anteil derjenigen Schüler ist, die nach der Versetzung in die 13. Klasse den Sekundarbereich II verlassen und mit der erworbenen Fachhochschulreife ein Studium aufnehmen, geht aus einer im Frühjahr 1973 durchgeführten Schülerbefragung hervor. Gefragt wurden nur die Schüler der 12. Klasse der Fachgymnasien nach der Absicht, den Sekundarbereich II mit der Fachhochschulreife zu verlassen. Von den 1 400 Schülern dieses Schultyps und Schuljahrgangs bejahten knapp 110 (8%) diese Frage. Davon hatten wiederum 70 Schüler Studienabsichten, 20 keine und die restlichen zeigten sich noch unentschlossen.

Um eine quantitative Aussage über diesen Sachverhalt für die allgemeinbildenden Gymnasien zu machen, ziehen wir die Übergangsquote der Schüler der 12. Klasse in die 13. Klasse für den hier relevanten Zeitraum heran. Die Schulstatistik weist im Schuljahr 1971/72 in den 12. Klassen der allgemeinbildenden Gymnasien in Schleswig-Holstein 3 859 Schüler nach. Die gleiche Statistik für

das Schuljahr 1972/73 gibt uns Auskunft darüber, daß ein Jahr später sich 3 574 Schüler in den 13. Klassen befanden, also 285 weniger. Berücksichtigt man, daß ein Teil davon nicht versetzt wurde, ein weiterer den Schulort in ein anderes Bundesland verlegte, so kann ein anderer Teil mit der Fachhochschulreife abgegangen sein. Über seine Größe läßt sich hier nur sagen, daß er nicht größer sein kann als die ganze Differenz, also nicht größer als 7%.

Die Übergangsquote beliefe sich dann auf höchstens 93%, wenn man bedenkt, daß sich in der späteren 13. Klasse höchstwahrscheinlich auch Zugänge aus anderen Bundesländern und Wiederholer befinden.

Die nachstehende Graphik soll noch einmal das hier Gesagte veranschaulichen.

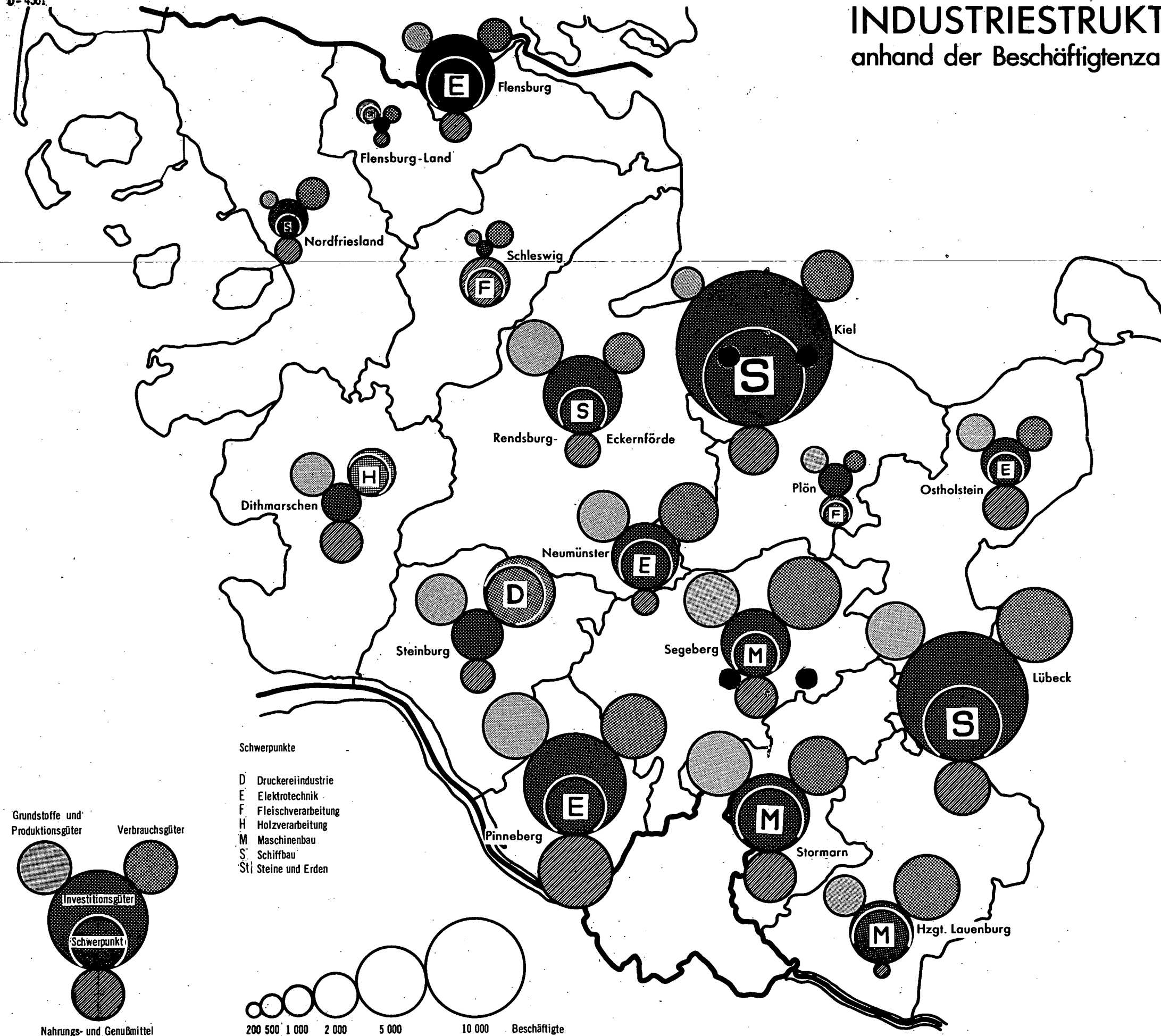


Schüler der 12. Klasse

Schüler der 13. Klasse

Der Anteil der Schüler in Schleswig-Holstein, die die Fachhochschulreife anstreben, muß hiernach als gering betrachtet werden. Zwar kommt die Studentenstatistik für das Sommersemester 1973 nach einer internen Auswertung zu dem Ergebnis, daß über 80% der Studenten an den Fachhochschulen die "Fachhochschulreife" nachweisen konnten, doch dieser hohe Anteilswert erklärt sich sicher durch unterschiedliche Begriffe. Die Fachhochschulreife als erfolgreichen Abschluß des 12. Schuljahres werden erheblich weniger Studenten erworben haben, und in vielen Fällen wird der Student auch andere Zugangsberechtigungen als "Fachhochschulreife" ausgelegt haben. Diese Vermutung wird durch die Ergebnisse verstärkt, die eine Befragung der Studienanfänger an Fachhochschulen nach der Art der Studienberechtigung erbrachte. Von den 464 Studienanfängern an Fachhochschulen im SS 1973 gaben als Erwerb der Studienberechtigung an:

INDUSTRIESTRUKTUR IN DEN KREISEN anhand der Beschäftigtenzahlen am 30.9.73 (Totalerhebung)



Das nebenstehende Bild gliedert die Zahl der in den Industriebetrieben der Kreise Beschäftigten nach dem Verwendungszweck der überwiegend hergestellten Erzeugnisse. Außer dieser groben Bereichsgliederung stellt es den jeweils dominierenden Industriezweig dar.

Die Grafik beschränkt sich vereinfachend auf das gängige Merkmal "Beschäftigte", eine unter allgemeinen regionalen Aspekten sicherlich gewichtige Größe. Sie wird damit aber keineswegs speziellen Fragestellungen gerecht. Umsatz und Nettoproduktionswert wären, um nur die wichtigsten zu nennen, weitere mögliche und aufschlußreiche Daten. Sie führten wahrscheinlich zu anderen Größenverhältnissen, denn die von Branche zu Branche stark abweichende Material- und Kapitalintensität kommt im Bild nicht zum Ausdruck.

Der Betrachter sollte schließlich beachten, daß als "Schwerpunkt" nur der Industriezweig mit den meisten Beschäftigten an einem Stichtag besonders ausgewiesen ist. Dabei kann der Abstand zu einem konkurrierenden Zweig nur gering sein, und auch die Wahl des Stichtages spielt für saisonabhängige Zweige eine Rolle.

1. Altsprachliches Gymnasium	1
2. Neusprachliches Gymnasium	18
3. Mathematisch-naturwissenschaftliches Gymnasium	24
4. Wirtschaftliches und Sozialwissenschaftliches Gymnasium	7
5. Technisches Gymnasium, – Oberschule, Berufsober- und Fachschule	16
6. Fachoberschule	75
7. Andere Berechtigungen	321

Nach dieser Aufteilung wiesen im Sommersemester 1973 rund 16% der Studienanfänger das Zeugnis der Fachoberschule nach. Der Fachoberschulabschluß ist mit der Versetzung von der 12. in die 13. Klasse identisch, er führt also zur Fachhochschulreife. Unter den Absolventen der Schultypen 1 bis 5 können ebenfalls noch Studenten sein, die auf den erfolgreichen Abschluß der 13. Klasse verzichtet haben. Der größte Teil der Studienanfänger vermochte die Art der Studienberechtigung nicht genauer zu klassifizieren.

Diese Beobachtungen führen zu der Vermutung, daß nur wenige Schüler der allgemeinbildenden und Fachgymnasien die Fachhochschulreife anstreben, und daß von den Schülern mit allgemeiner Hochschulreife nur die wenigsten ein Studium an den Fachhochschulen aufnehmen wollen. Angesichts der Schwierigkeiten, ein Studium an den wissenschaftlichen Hochschulen zu beginnen, stellt sich die Frage nach den Gründen für dieses Verhalten.

Einmal sind für diese Entscheidung über den Bildungsgang die Berufserwartungen von Bedeutung. Der Unterschied zwischen dem erfolgreichen Besuch einer Fachhochschule und dem einer Universität oder Technischen Hochschule läßt sich besonders im öffentlichen Dienst darstellen. Der Fachhochschulabsolvent beginnt bei der Übernahme in das Beamtenverhältnis seine Laufbahn in der Regel im gehobenen Dienst, der Absolvent einer Universität oder einer gleichrangigen wissenschaftlichen Hochschule dagegen im höheren Dienst. In der Regel wird auch in der privaten Wirtschaft der an einer Universität Examinierte besser honoriert, wenn auch manche Bereiche für Fachhochschulabsolventen z. B. für den graduierten Betriebswirt, besonders geeignet sind.

Ein weiterer Grund für die dominante Stellung der allgemeinen Hochschulreife und damit für ein Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule liegt darin, daß es fachliche Tätigkeitsbereiche gibt, für die Ausbildungsmöglichkeiten nur an der Universität angeboten werden, so für die Berufe des Juristen, Arztes, Gymnasiallehrers. Immerhin streben rund 23% aller Studienwilligen diese Berufe an, wie eine Befragung der Abschlußklassen von Gymnasien und entsprechenden Bildungseinrichtungen in

Schleswig-Holstein ein Vierteljahr vor der Reifeprüfung 1973 ergab⁵. Entscheidet man sich aber für eine dieser Fachrichtungen, so entscheidet man sich gleichzeitig für eine Hochschulart und damit auch für die Art der Hochschulzugangsberechtigung – in diesem Fall also für die allgemeine Hochschulreife. Auf der anderen Seite gibt es Berufsausbildungen, die nur an Fachhochschulen möglich sind, z. B. als Sozialarbeiter und Sozialpädagoge. Hier bietet sich als abgeschlossene Schulausbildung die Fachhochschulreife an, wenn auch die allgemeine Hochschulreife möglich ist. Dazwischen liegen Berufsbilder, die sowohl an wissenschaftlichen Hochschulen als auch an Fachhochschulen angeboten werden. Inwieweit die Fachhochschulen im Rahmen des Numerus clausus als Alternative zum Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule gesehen werden, kann konkret nicht gesagt werden. Wenn für den Studiengang Diplom-Volkswirt eine Aufnahmebeschränkung besteht, schreibt der Studienbewerber sich dann an einer Fachhochschule, Fachbereich Wirtschaft, ein, oder beginnt er ein Studium in einem anderen, zulassungsfreien Fach an einer wissenschaftlichen Hochschule? Für diese Entscheidung könnte beim einzelnen Studienwilligen wieder das Motiv der Verdienstmöglichkeiten tragend werden.

Zieht der Studienwillige den Zeitfaktor in seine Überlegungen ein, so könnte es für ihn von Vorteil sein, mit der Fachhochschulreife den Sekundarbereich II zu verlassen, was gegenüber der allgemeinen Hochschulreife ein Jahr Zeitgewinn bedeutet. Nach dem Besuch von mindestens 3 Semestern an einer Fachhochschule und dem Nachweis gewisser Leistungen erlangt der Student die fachgebundene Hochschulreife, die ihn dazu berechtigt, an einer wissenschaftlichen Hochschule in der gleichen Fachrichtung weiterzustudieren. Werden ihm nach dem Wechsel Fachsemester angerechnet, kann er die Zeiterparnis aus dem Sekundarbereich II auch im Studium bewahren. Inwieweit die Studenten von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, kann statistisch nicht exakt geprüft werden.

Die Studenten nach Fachbereichen

Die Entwicklung der Studentenzahlen⁶ an den Fachhochschulen in Schleswig-Holstein, eingeteilt nach Fachbereichen, ist vom Wintersemester 1969/70 bis einschließlich Sommersemester 1973 der folgenden Tabelle zu entnehmen:

5) hierzu: Statistischer Bericht Studien- und Berufswünsche 1973, B1/S

6) einschließlich Ausländer, ohne Zusatzausbildung Kerntechnik, Studienkollegiaten und Gesundheitsingenieur-Studenten

Fachhochschule	WS 1969/70	SS 1970	WS 1970/71	SS 1971	WS 1971/72	SS 1972	WS 1972/73	SS 1973
Fachbereich								
Fachhochschule Flensburg	384	382	412	442	482	531	463	407
Fachhochschule Kiel								
Fachbereich Technik	627	586	576	583	590	588	601	587
Sozialwesen	109	183	347	397	526	604	631	572
Gestaltung	190	.	209	.	264	302	292	299
Wirtschaft	71	90	136	160	183	202	219	232
Bauwesen	305	296	312	300	308	320	300	310
Verfahrenstechnik	38	39	39	72	63	106	103	96
Landbau	188	188	224	201	209	190	204	190
Fachhochschule Lübeck								
Fachbereich Bauwesen	244	247	260	264	261	262	267	241
Seefahrt	125	121	119	130	135	154	174	150
Technik	683	722	735	776	860	901	939	840
Fachhochschule für Musik	193	181	200	210	220	209	155	169
Staatlich anerkannte Fachhochschule für Physikalische Technik und Informationstechnik, Wedel	365	346	404	488	475	502	516	486

Diese konzentrierte Statistik zeigt, daß die Fachhochschule Lübeck, Fachbereich Technik, am stärksten besucht wird. Es folgen die Fachbereiche Technik und Sozialwesen der Fachhochschule Kiel und die staatliche anerkannte Fachhochschule in Wedel.

Die Entwicklung der Studentenzahlen in den einzelnen Fachbereichen verlief unterschiedlich. So gibt es Fachbereiche, die von Semester zu Semester Zuwachsraten aufweisen. Hierzu gehören die Fachbereiche Sozialwesen und Wirtschaft in Kiel, Technik in Lübeck und die staatlich anerkannte Fachhochschule in Wedel. Lediglich im Sommersemester 1973 fiel dort die Zahl der Studenten gegenüber dem Vorsemester, was u. a. durch die Umstellung der Erhebungsmethode zum Sommersemester 1973 erklärt werden kann. Vom Wintersemester

1969/70 bis zum Wintersemester 1972/73 stieg die Zahl der Studenten im Fachbereich Sozialwesen auf knapp das 6fache. Eine ähnliche Steigerungsrate finden wir in keinem anderen Fachbereich. Die Zuwachsrate für den gleichen Zeitraum belief sich für den Fachbereich Wirtschaft auf gut 200%, für den Fachbereich Wedel auf gut 40% und für den Fachbereich Technik in Lübeck auf 36%. Bis zum Sommersemester 1972 stieg auch die Studentenzahl von Semester zu Semester an der Fachhochschule Flensburg.

In den übrigen Bereichen der einzelnen Fachhochschulen sind im Zeitablauf nur geringfügige Bestandsänderungen zu verzeichnen.

Friedrich-Karl Wormeck

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht B III 1 enthalten

Das Bauhauptgewerbe im Jahre 1973

Die Bausaison im schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbe wurde im Jahre 1973 durch zwei Ereignisse wesentlich beeinflusst. Einmal war es die günstige Witterung im Winter 1972/1973, die eine starke Bautätigkeit zuließ und damit einen Tiefstand des Auftragsbestandes, besonders im Tiefbau, nach sich zog, zum anderen waren es die im Mai und Juni 1973 von der Bundesregierung und der Bundesbank getroffenen restriktiven Maßnahmen, die einen merklichen Rückgang der Auftragseingänge, speziell im Wohnungsbau, einleiteten.

Bald nach der Bekanntgabe der konjunkturpolitischen Maßnahmen und infolge der vor

allem im Hochbau ausbleibenden Auftrags-eingänge begannen im August die ersten Personalentlassungen, die sich bis zum Jahresende verstärkten. Die jahresdurchschnittliche Zahl der Beschäftigten sank dadurch auf rund 61 200 Personen oder etwa 1% unter den Vorjahresdurchschnitt. Im Dezember lag die Beschäftigtenzahl sogar um rund 3 000 Personen oder 5% unter der Vorjahreszahl (Oktober - 1%; November - 4%).

Die Bauleistungen gingen - gemessen an den geleisteten Arbeitsstunden - zum Vorjahr im Hochbau um knapp 5% und im Tiefbau um gut 6% zurück und erreichten insgesamt 94,9 Mill. Arbeitsstunden. Bei der Betrachtung

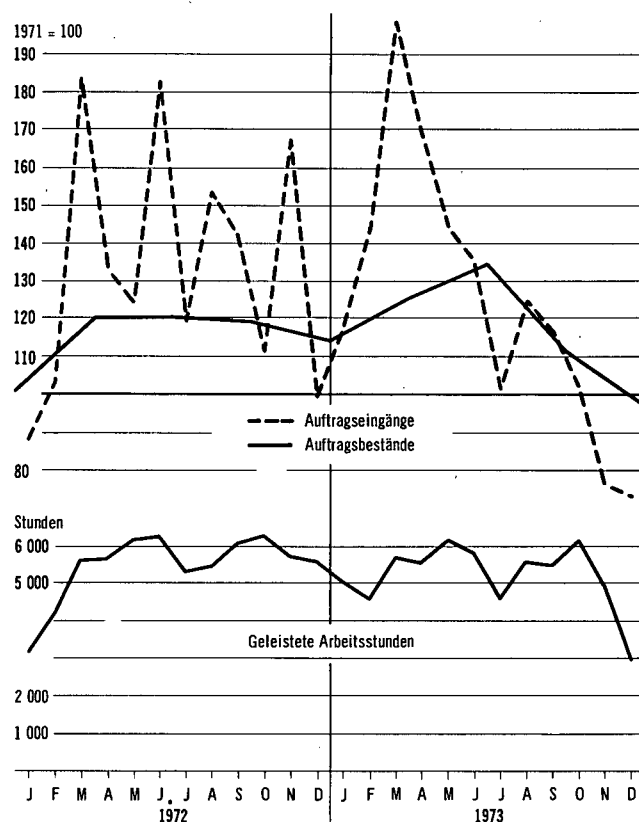
des Jahreszyklus ist zum Jahresbeginn ein durch die günstige Witterung bedingtes, für diese Jahreszeit hohes Leistungsniveau festzustellen, dem bis Oktober eine normale, aber etwas unter dem Vorjahreswert liegende Bauleistung folgte. Der im Sommer im Hochbau spürbare Rückgang der Auftragseingänge wirkte sich bis Oktober noch nicht auf die Bauproduktion aus. Erst mit dem Einbruch des Winters, der Ende November und Anfang Dezember die ersten anhaltenden Kälteeinbrüche brachte, ging die Bauleistung rapide zurück. Im November büßte der Hochbau im Vergleich zum Vorjahr 14% und der Tiefbau 13% ein. Im Dezember verstärkte sich der Rückgang, besonders beeinflusst durch die Arbeitsruhe in den Tagen zwischen Weihnachten und Silvester, im Hochbau um 48% und im Tiefbau um 40%. In diesen beiden letzten Monaten des Jahres wurde in verstärktem Maße auf die Schlechtwettergeldregelung zurückgegriffen. Der Monatsbericht des Landesarbeitsamtes weist im Vergleich zum Jahre 1972 eine beträchtliche Steigerung der angezeigten witterungsbedingten Arbeitsausfälle aus. Im November betrug in den Arbeitsamtsbezirken Schleswig-Holsteins die Zahl der Ausfalltage 293 216, im Dezember bereits 401 688. Die einsetzende Schlechtwettergeldregelung ermöglichte es der Bauwirtschaft, vorerst größere Personalentlassungen zu umgehen.

Die Auftragseingänge, die wie die Auftragsbestände nur in Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten erfaßt werden, betrugen im Jahre 1973 rund 2,2 Mrd. DM und erreichten nominal die Höhe des Vorjahres, real lagen sie jedoch bei einer Preissteigerungsrate von knapp 7% im Hochbau und gut 4% im Tiefbau unter dem Vorjahresniveau.

Die unterschiedlichen Entwicklungen im Hochbau und Tiefbau zwingen zu einer getrennten Betrachtung beider Bauarten. Die Auftragsituation im Hochbau wird entscheidend durch das Geschehen im Wohnungsbau bestimmt. Mit dem Bekanntwerden der Aussetzung des § 7b EStG gingen ab April 1973 ständig weniger Aufträge ein (gemessen am April waren es im Mai - 27%; Juni - 32%; September - 45%; Dezember - 62%). Insgesamt betrugen sie im Wohnungsbau nominal 779 Mill. DM und lagen damit um etwa 11% unter den Auftrags-eingängen des Jahres 1972. Die Preiserhöhung der Wohnbauten von 6 bis 7% schmälert diesen Auftragswert um ein weiteres. Im gewerblichen, industriellen und landwirtschaftlichen Bau, der in der ersten Hälfte des Jahres eine hohe Baunachfrage auswies, wirkten ab Juni die Erhöhung des Diskontsatzes und des Lombardsatzes sowie die neu eingeführte befristete Investitionssteuer auf die Bauwillig-

D - 4559

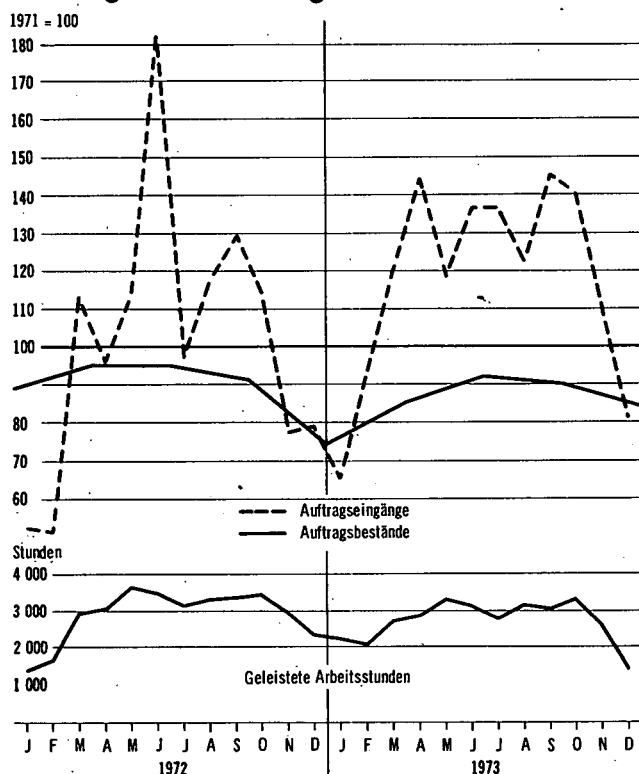
Aufträge und Leistung im Hochbau 1972/73



keit der Unternehmen. Sie vergaben Bauaufträge in Höhe von 303 Mill. DM und damit um knapp 6% weniger als im Jahre 1972. Die Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie sonstige öffentliche Auftraggeber dagegen verhielten sich marktnneutral und vergaben ein Auftragsvolumen von rund 294 Mill. DM (+ 2%), annähernd auf beide Jahreshälften gleichmäßig verteilt. Insgesamt konnte der Hochbau Auftragseingänge von 1,4 Mrd. DM, knapp 7% weniger als 1972, verzeichnen.

Die Entwicklung im Tiefbau sah nach einer Durststrecke im Jahre 1972 wieder etwas günstiger aus. Der Straßenbau, der Anfang des Jahres 1973 einer ungewissen Zukunft entgegenging, weil die infolge der milden Witterung ungewöhnlich lange Bausaison die Auftragsbestände stark vermindert hatte, erhielt im Verlaufe des Jahres 1973 die unbedingt notwendige Belebung durch verstärkte Auftragseingänge in Höhe von 331 Mill. DM, das sind 43% mehr als im Vorjahr. Die Preissteigerungsrate fiel in dieser Bauart vom November 1972 bis November 1973 mit gut 3% verhältnismäßig gering aus. Im gewerblichen, industriellen und landwirtschaftlichen Tiefbau verlief die Entwicklung parallel zum gewerblichen Hochbau. Der erwartungsvolle

Aufträge und Leistung im Tiefbau 1972/73



Beginn in der ersten Hälfte des Jahres 1973, der Aufträge in Höhe von rund 71 Mill. DM einbrachte und damit 60% des Jahresvolumens in dieser Bauart, fiel nach dem Einsetzen der konjunkturrehemmenden Maßnahmen in der zweiten Jahreshälfte auf knapp 47 Mill. DM zurück. Mit insgesamt 117 Mill. DM stiegen diese Auftragseingänge nominal um gut 3%, doch die Preissteigerungen drückten den realen Wert wieder unter das Vorjahresniveau. Die nicht den Straßenbau betreffenden Baumaßnahmen der öffentlichen Hand steuerten dem negativen Trend im gewerblichen Bau entgegen, besonders in der zweiten Jahreshälfte, in der gut 53% aller nicht straßenbaulichen Aufträge vergeben wurden, doch lag die Auftragssumme mit 285 Mill. DM noch knapp 1% unter dem Vorjahreswert, so daß von hier aus keine positive Wirkung auf die vage Auftragslage des Tiefbaues ausgehen konnte. Insgesamt schnitt der Tiefbau mit rund 788 Mill. DM, das sind +15% zum Vorjahr, im Jahre 1973 wieder besser ab.

Der gesamte Auftragsbestand betrug im Bauhauptgewerbe am Jahresende 1973 etwas über 1 Mrd. DM. Die Entwicklungen der Auftragseingänge, negativ im Hochbau, positiv im Tiefbau, wirken bei der leicht verringerten, jedoch über 9 Monate des Jahres kontinuierlich verlaufenden Bauproduktion direkt auf die Auftragsbestände ein. Mit dem Rückgang der

Auftragseingänge im Hochbau ging zum Jahresende ebenfalls der Auftragsbestand im Hochbau auf 728 Mill. DM (-15% zum Vorjahr) zurück. Um das Produktionsvolumen zu halten, mußte der Hochbau von den vorhandenen Beständen zehren, so daß die Reichweiten weiter abnahmen. Im Tiefbau erhöhten sich die Auftragsbestände vom Jahresende 1972 bis 1973 um 13% auf rund 319 Mill. DM. Spitzenreiter war hier der Straßenbau mit 49% oder rund 154 Mill. DM. Dieses günstige Ergebnis darf man jedoch nur unter dem Gesichtspunkt des großen Nachholbedarfs im Straßenbau sehen. Erst mit einem weiteren Ansteigen der Auftragsbestände kann in dieser Bauart von einer Normalisierung gesprochen werden.

Abschließend noch einige über die Auftrags-situation hinausgehende Betrachtungen. Im Baujahr 1973 erzielte das Bauhauptgewerbe mit rund 3,4 Mrd. DM einen um 10% höheren Umsatz als im Vorjahr. Die Umsatzsteigerungsrate lag im Wohnungsbau bei 18%. Sein Anteil am Gesamtumsatz des Bauhauptgewerbes stieg von 39% auf 42% und betrug im Jahre 1973, hochgerechnet auf alle Betriebe, 1,4 Mrd. DM. Bei der Beurteilung des Umsatzes ist jedoch zu beachten, daß wegen der Besteuerung nach dem vereinbarten Entgelt, in der Regel laut Endabrechnung nach Fertigstellung und Abnahme der Bauwerke, nur noch in wenigen Fällen ein Zusammenhang zwischen der Produktion und den Umsätzen einer Periode gegeben ist. Die Umsatzwerte geben in erster Linie Auskunft, für wieviel DM im betreffenden Berichtszeitraum Rechnungen ausgestellt wurden.

Der Betrag der ausgezahlten Löhne überschritt geringfügig die 1 Mrd. DM-Grenze (+8% zum Vorjahr), während die Summe der ausgezahlten Gehälter bei dem Trend, die Arbeitsvorbereitungen auszubauen und mehr Angestellte zu beschäftigen, um 17% auf 135,3 Mill. DM anstieg. Die Bruttolohnsumme, die die Gehälter der angestelltenversicherungspflichtigen Poliere und Meister mit einschließt, erhöhte sich je Beschäftigten von 18 459 auf 20 461 DM und damit um knapp 11%, die Bruttogehaltssumme der kaufmännischen und technischen Angestellten von 22 371 auf 24 247 DM oder um gut 8%. Die Lohn- und Gehaltssummen schließen als Bruttosumme die Beiträge zu den Sozialkassen des Bau-gewerbes, die Winterbau-Umlage und die Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungs-tarifverträgen ein.

Einen Überblick über den Gerätebestand bietet die Totalerhebung vom 30. Juni 1973. In diesem Rahmen sollen jedoch nur einige wesentliche Veränderungen aufgezeigt werden. Mit der verstärkten Verwendung von Transportbeton

ging die Zahl der größeren Betonmischer über 250 Liter um 6% zurück, dagegen nahmen die Fahrmischer um 5% zu. Als rationelles Transportmittel mit weitreichender Ausladung setzt sich der Turmdrehkran weiter durch. Leichtere Krane unter 16 m Mp hatten eine Bestandszunahme von 4%, schwerere mit einem Lastmoment von über 16 m Mp um knapp 5%. Bauaufzüge und Fahrbänder gingen dagegen in ihrer Bedeutung weiter zurück. Nach wie vor sind Autokrane und Mobilkrane (+ 16%) für die Montage schwerer Bauteile auf

Baustellen ohne ausreichende Kranbesetzung sehr gefragt.

Der Tiefbau stockte seinen Gerätebestand weiter auf. Lader (+ 15%), Erdhobel (+ 12%) und schwere Straßenwalzen (+ 12%) waren die bevorzugten Geräte.

Paul-Ludwig Heide

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht F 11 enthalten. Vergleiche auch: "Langfristige Wandlungen im Bauhauptgewerbe" in dieser Zeitschrift 1973, S. 56 (März)

Das Vermögen und seine Besteuerung 1969

Hauptergebnis

Das Ergebnis der Vermögensteuerstatistik in Schleswig-Holstein zum Zeitpunkt der Hauptveranlagung am 1.1.1969 stützt sich auf die Durchschläge von 20 701 Veranlagungsbescheiden der Finanzämter. Die Zahl der Steuerpflichtigen erhöhte sich damit gegenüber

dem vorigen Erhebungszeitpunkt, dem 1.1.1966, um 11% und erreichte erstmals wieder seit 1960 mehr als 20 000 natürliche und juristische Personen. Nur in den fünfziger Jahren war die Zahl der Veranlagten wegen der damals niedrigeren allgemeinen Freibeträge noch größer¹.

Das Gesamtvermögen und die Steuerschuld der veranlagten Vermögensteuerpflichtigen

	1953	1957	1960	1963	1966	1969	Veränderung 1969 gegenüber 1966 in %
Steuerpflichtige	25 171	22 930	16 851	16 833	18 632	20 701	+ 11
Gesamtvermögen ¹ in Mill. DM	1 464	1 943	2 837	3 626	4 889	6 070	+ 24
Steuerschuld in Mill. DM	9	14	21	29	41	52	+ 27

1) bei beschränkt Steuerpflichtigen: Inlandsvermögen

Das Gesamtvermögen, das ist das um die Schulden und sonstigen Abzüge verminderte Rohvermögen, betrug insgesamt 6,1 Mrd. DM. Es erfuhr innerhalb von drei Jahren eine Zunahme um 1,2 Mrd. DM, das sind + 24%. Das stärkere Vermögenswachstum wiesen erstmals nach dem Kriege die natürlichen Personen auf, und zwar insbesondere auf Grund des erheblichen Zuwachses des sonstigen Vermögens. Das Gesamtvermögen der natürlichen Personen erhöhte sich um 26%, während das der nichtnatürlichen Personen (Körperschaften, Personenvereinigungen und sonstige Vermögensmassen) nur um 20% stieg. Das Vermögen der nichtnatürlichen Personen besteht ausschließlich aus Betriebsvermögen. Die Steuerschuld belief sich insgesamt auf 52 Mill. DM; hiervon hatten die natürlichen Personen 34 Mill. DM und die Körperschaften 18 Mill. DM zu entrichten.

Unter den 18 462 natürlichen Personen waren 549 Ausländer (3,0%), die nur mit ihrem in Schleswig-Holstein befindlichen Vermögen erfaßt wurden und daher der beschränkten Steuerpflicht unterlagen. Ihre Anzahl hat sich gegenüber 1966 nur unwesentlich erhöht. Auch ihr Inlandsvermögen veränderte sich seitdem kaum; es erreichte am 1. 1. 1969 den Wert von 26,8 Mill. DM. Das sind nur 0,6% des Gesamtvermögens aller natürlichen Personen. Drei Ausländer waren Vermögensmillionäre.

Erhebungsumfang und Aussagewert

Die Vermögensteuerstatistik ist hauptsächlich auf die Erfassung der größeren und großen

1) Vor 1960 betrugen die allgemeinen Freibeträge statt 20 000 DM nur 10 000 DM je Alleinstehenden und Ehegatten sowie statt 20 000 DM je Kind nur 5 000 DM

Einzelvermögen ausgerichtet. Sie dürften infolge der gesetzlichen Verpflichtung zur regelmäßigen Abgabe von Vermögenserklärungen an die Finanzämter ziemlich vollständig erfaßt sein. Andererseits bewirken die steuerlichen Bestimmungen, daß die kleinen Vermögen überhaupt nicht und die mittleren nur zum Teil in die Statistik eingehen. Maßgebend für die begrenzte Erfassung der Vermögen sind vor allem die nach dem Vermögenssteuergesetz gewährten hohen Freibeträge und die unterschiedlichen Bewertungsvorschriften für die einzelnen Vermögensarten.

Bei unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen beträgt der allgemeine Freibetrag 20 000 DM für Alleinstehende; bei Verheirateten sind zusätzlich je 20 000 DM für die Ehefrau und jedes Kind steuerfrei. In Verbindung mit der Unterbewertung des Grundbesitzes (land- und forstwirtschaftliches Vermögen und Grundvermögen), der bis zum Jahresende 1973 nach den erstarrten Wertverhältnissen aus dem Jahre 1935 anzusetzen war, bedeutet dies: Wenn z. B. eine 4köpfige Familie ein Haus besitzt, so bleibt ihr Vermögen unerfaßt, solange der Grundbesitz mit weniger als 80 000 DM bewertet ist und kein anderes Vermögen vorhanden ist. Obwohl der Marktwert, also das reale Vermögen, hier bis über eine Millionen DM reichen kann und häufig zwischen 100 000 und 200 000 DM liegen wird, tritt ein solcher Vermögensfall statistisch gar nicht in Erscheinung, weil der Bewertungsmaßstab veraltet ist, aber die persönlichen Freibeträge seit 1935 erhöht worden sind. Solche Vermögen sind innerhalb des Volkseinkommens von erheblichem Gewicht: etwa 40% aller Haushalte haben Grundbesitz², aber nur 2% werden zur Vermögensteuer veranlagt!

Unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen

Die Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens der natürlichen Personen geht von der Addition der Vermögenswerte in den vier Vermögensarten aus, die zusammen das Rohvermögen ergeben. Die vier Vermögensarten sind:

1. das land- und forstwirtschaftliche Vermögen
2. das Grundvermögen
3. das Betriebsvermögen
4. das sonstige Vermögen.

Das Rohvermögen ist der umfassendste Vermögensbegriff. In ihm sind die auf dem Vermögen lastenden Schulden noch nicht vermögensmindernd berücksichtigt. Eine Aus-

Das Rohvermögen der veranlagten unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen nach der Vermögensart

Vermögensart	Fälle			Betrag in Mill. DM		
	1966	1969	Veränderung in %	1966	1969	Veränderung in %
Land- und forstwirtschaftl. Vermögen	3 387	3 374	- 0,4	193	185	- 4
Grundvermögen	10 765	12 387	+ 15	405	474	+ 17
Betriebsvermögen ¹	9 531	9 997	+ 5	1 774	1 972	+ 11
Sonstiges Vermögen	11 864	14 881	+ 25	1 685	2 429	+ 44
Summe (Rohvermögen)	15 994 ^a	17 913 ^a	+ 12	4 055	5 056	+ 25

1) ohne überschuldete Betriebe

a) Hier nicht Fälle, sondern Steuerpflichtige. Die Addition der Fälle ergibt eine größere Zahl als die der Steuerpflichtigen, da ein Pflichtiger Vermögen aus mehreren Vermögensarten haben kann

nahme hiervon macht nur das Betriebsvermögen, das bereits zu Beginn der steuerlichen Vermögensermittlung als Reinvermögen erfaßt wird. In ihm sind bereits die Schuldposten abgesetzt. Der Ausdruck "Rohvermögen" ist also insofern nicht einwandfrei, als er von der Wortbedeutung her nur für drei Vermögensarten zutrifft, nämlich das land- und forstwirtschaftliche Vermögen, das Grundvermögen und das sonstige Vermögen, nicht dagegen für das Betriebsvermögen.

Die Zusammensetzung des Rohvermögens hat sich im Vergleich zu 1966 erheblich zu Gunsten des sonstigen Vermögens geändert, das als einzige Vermögensart eine weit überdurchschnittliche Wachstumsrate aufwies. Das sonstige Vermögen erfuhr eine Zunahme um 44% und wurde damit zur bedeutendsten der vier Vermögensarten. Das Betriebsvermögen fiel wertmäßig auf den zweiten Rang zurück; es nahm ebenso wie das Grundvermögen nur unterdurchschnittlich zu. Beim land- und forstwirtschaftlichen Vermögen kam es sogar zu einer Abnahme um 4%.

Für die Entwicklung beim sonstigen Vermögen war neben der gegenüber 1966 günstigen Kursveränderung der Wertpapiere auch die überdurchschnittliche Zunahme der Zahl der Fälle mit Kapitalvermögen maßgebend. Nicht weniger als 83% der 17 913 veranlagten unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen verfügten zu Beginn des Jahres 1969 über sonstiges Vermögen, drei Jahre vorher waren es dagegen nur 74% gewesen. Erstmals nach dem Kriege wurde diese Vermögensart auch für die Mehrzahl der Steuerpflichtigen zur überwiegenden, d. h. 1969 verfügten über 50% von ihnen vorwiegend über sonstiges Vermögen. Hierbei war die Kombination mit Grundvermögen besonders häufig.

2) Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969, herausgegeben vom Stat. Bundesamt in Fachserie M, Reihe 18, Heft 2

Die Zusammensetzung des sonstigen Vermögens
der veranlagten unbeschränkt steuerpflichtigen
natürlichen Personen 1969

Sonstiges Vermögen	1 000 DM
Kapitalforderungen	372 050
Zahlungsmittel, Sparguthaben und dergleichen ¹	744 939
Anteile an Kapitalgesellschaften	999 855
Festverzinsliche Wertpapiere	364 505
Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	4 353
Zwischensumme	2 485 699
davon steuerfrei gem. § 100 Absatz 2 und 3 BewG	241 982
Verbleibendes Kapitalvermögen	2 243 717
Ansprüche aus Lebens-, Kapital- und Rentenversicherungen	25 881
Übriges sonstiges Vermögen	159 801
Insgesamt	2 429 398

1) nach Abzug des Freibetrages gem. § 110 BewG

Im einzelnen bestand das sonstige Vermögen zu etwa vier Zehnteln aus Anteilen an Kapitalgesellschaften (z. B. Aktien, GmbH-Anteilen) und zu etwa drei Zehnteln aus Sparguthaben sowie Zahlungsmitteln und dergleichen, wobei seit 1966 die letzteren die höhere Wachstumsrate erfuhren (+ 52%). Der Wertzuwachs der Anteile an Kapitalgesellschaften um 47% auf fast 1 Mrd. DM dürfte zu einem erheblichen Anteil aus der Kursentwicklung resultieren. Bekanntlich sind diese Anteile, sofern sie zum amtlichen Handel an der Börse zugelassen sind, nach den Vorschriften des Bewertungsgesetzes³ mit dem am Stichtag notierten Kurs anzusetzen, also mit dem Zeitwert zu bewerten. Schon aus diesem Grunde war für die Anteile an Kapitalgesellschaften eine erhebliche Zunahme ihres Wertes zu erwarten, weil der Index der amtlichen notierten Aktienkurse in der Bundesrepublik Deutschland zwischen den Stichtagen 1. 1. 1966 und 1. 1. 1969 um ein Drittel von 100 auf 133 gestiegen ist (Basis 31. 12. 1965=100).

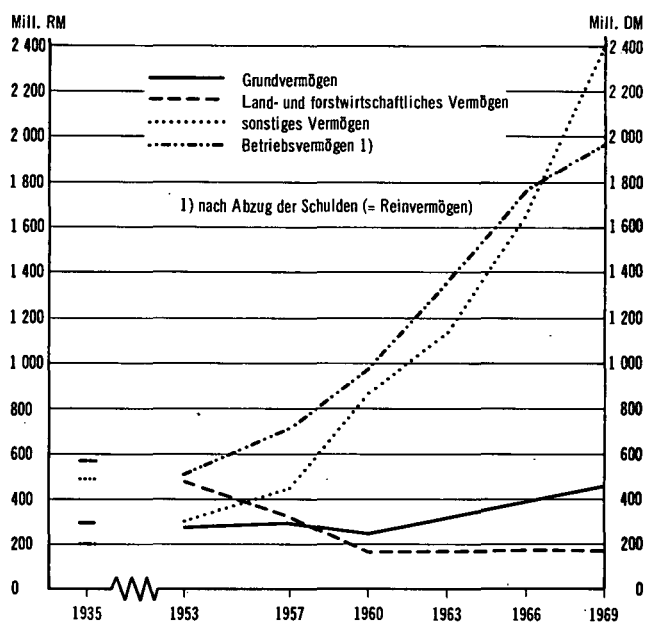
Bei der Ermittlung des Betriebsvermögens sind nach den Vorschriften über die Einheitsbewertung, wie schon oben erwähnt, die Betriebsschulden bereits abgesetzt. Ohne ihren Abzug wäre das gewerbliche Betriebsvermögen als Rohvermögen auch weiterhin die bedeutendste Vermögensart. Es erreichte schätzungsweise als Bruttobetrag das dreifache des Reinvermögens, betrüge also etwa 6 Mrd. DM (ohne Berücksichtigung der Schulden von Banken und Versicherungen). Die unterschiedliche Behandlung der Schulden bei der Berechnung der Einheitswerte des Betriebs-

3) vergleiche § 11 (1) BewG

D - 4557

Die Entwicklung des Rohvermögens seit 1935

(nur von steuerbelasteten unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen)



vermögens einerseits und des Grundbesitzes andererseits ergibt sich zwangsläufig aus dem Realsteuercharakter der Grundsteuer. Die Grundsteuer ist eine reine Objektsteuer, d.h. die Steuer bemisst sich nur nach bestimmten äußeren Merkmalen des Steuerobjekts, ohne daß auf die persönlichen Verhältnisse des Grundeigentümers Rücksicht genommen wird. Persönliche Schulden, die womöglich dinglich durch Grundeigentum abgesichert sind (z. B. Hypotheken), sind daher für die Ermittlung der Einheitswerte des Grundbesitzes ohne Bedeutung.

56% aller unbeschränkt vermögensteuerpflichtigen natürlichen Personen verfügten am 1. 1. 1969 über Betriebsvermögen im Werte von insgesamt 1,97 Mrd. DM. Für 38% unter ihnen war dies zugleich auch die wertmäßig bedeutendste Vermögensart. Gegenüber 1966 hat damit das Gewicht des Betriebsvermögens gegenüber den anderen Vermögensarten leicht abgenommen. Seine Zuwachsraten lagen seitdem - sowohl was die Zahl der Fälle, wie auch was den Betrag angeht - mit + 5% und + 11% erheblich unter dem Durchschnitt. Die Steuerpflichtigen mit überwiegendem Betriebsvermögen besaßen vielfach auch Grundvermögen und sonstiges Vermögen, wobei die Häufigkeit der Kombinationen zwischen diesen drei Vermögensarten nach 1966 sogar erheblich zugenommen hat.

Die Einheitswerte des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens und des Grundvermögens weichen infolge der

Die unbeschränkt vermögensteuerpflichtigen natürlichen Personen nach der überwiegenden Vermögensart am 1. 1. 1969

Überwiegende Vermögensart	Steuerpflichtige	hierin enthalten Fälle mit			
		land- und forstwirtschaftlichem Vermögen	Grundvermögen	Betriebsvermögen ¹⁾	sonstigem Vermögen
Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	733	733	331	43	516
Grundvermögen	1 364	210	1 364	436	975
Betriebsvermögen	6 852	853	4 870	6 852	4 426
Sonstiges Vermögen	8 964	1 578	5 822	2 666	8 964
Insgesamt	17 913	3 374	12 387	9 997	14 881

1) ohne Fälle mit negativem Betriebsvermögen

Bewertung des Grundbesitzes nach den Wertverhältnissen 1935 immer stärker von den gegenwartsnahen Werten ab, nach denen nur das Betriebsvermögen und das sonstige Vermögen angesetzt wird. Die Grafik oben verdeutlicht diese Entwicklung; sie zeigt, wie seit Mitte der fünfziger Jahre die Einheitswerte des Grundbesitzes und das Rohvermögen oder Reinvermögen der übrigen beiden Vermögensarten mehr und mehr wie eine Schere auseinanderklaffen. Das land- und forstwirtschaftliche Vermögen hat sogar wertmäßig seit 1966 als einzige Vermögensart absolut abgenommen, und zwar um 4% auf 185 Mill. DM.

Auf einen umfangreichen Vermögensverfall in der Landwirtschaft kann aber auf Grund dieses Ergebnisses der Vermögensteuerstatistik nicht geschlossen werden. Zwar nahm nach dem Ergebnis der landwirtschaftlichen Betriebszählung die Zahl aller landwirtschaftlichen Betriebe in Schleswig-Holstein mit 5 000 und mehr qm Nutzfläche zwischen 1966 und 1969 insgesamt um etwa 5% ab; für die Veranlagung zur Vermögensteuer kommen jedoch unter ihnen hauptsächlich nur die größeren und großen Betriebe in Betracht. Gerade ihre Anzahl hat aber in der Zwischenzeit zugenommen⁴. Das Ergebnis der Vermögensteuerstatistik läßt daher nur den Schluß zu, daß von den Landwirten in verstärktem Maße Schulden und sonstige Abzüge geltend gemacht worden sind. Hierdurch kam es für einen größeren Teil von ihnen nicht mehr zur Veranlagung. Die Schulden und sonstigen Abzüge der Landwirte wirken sich, soweit sie mit ihrem Betrieb in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, insbesondere deswegen stark vermögensmindernd aus, weil sie mit einem zeitnahen Wert in Ansatz gebracht werden und von einem Rohvermögen absetzbar

sind, das nach dem Stand von 1935 bewertet wird.

Die Zahl der Fälle mit Grundvermögen erhöhte sich nach 1966 spürbar. Sie nahm um 15% zu. Der Wert des Grundvermögens erhöhte sich sogar um 17%. Dies ist relativ gesehen die zweitstärkste Veränderung unter den vier Vermögensarten. Die Vermögensbildung auf diesem Sektor führt für sich allein nur in seltenen Fällen zur Steuerveranlagung. Die Zahl der Fälle stieg dennoch erheblich, weil das Grundvermögen immer häufiger in Kombination mit anderen Vermögensarten auftritt, insbesondere in Verbindung mit sonstigem Vermögen. Hierbei spielt das sonstige Vermögen mehr und mehr die dominierende Rolle, während die Zahl der Steuerpflichtigen mit überwiegendem Grundvermögen rückläufig ist.

Die Summe der Vermögenswerte aus den vier Vermögensarten ergibt das Rohvermögen, das sich am 1. 1. 1969 in Schleswig-Holstein auf 5,1 Mrd. DM belief und das gegenüber 1966 um ein Viertel gestiegen ist. Von ihm erlaubt das Vermögensteuergesetz noch zwei Arten von Abzügen, bevor sich das steuerpflichtige Vermögen ergibt, von dem dann die Steuer berechnet wird. Es sind dies die Schulden und sonstigen Abzüge (776 Mill. DM) und die Freibeträge (825 Mill. DM). Beide Vermögensminderungen zusammen führten zu einer Verringerung des Rohvermögens um rund ein Drittel.

Die Schulden und sonstigen Abzüge erhöhten sich, soweit sie nicht schon bei der Berechnung der Einheitswerte des Betriebsvermögens abgesetzt wurden, gegenüber dem 1. 1. 1966 nur um 18%. Die im Vergleich dazu höhere Zuwachsrates des Rohvermögens bewirkt, daß das Gesamtvermögen eine relativ stärkere Zunahme erfahren hat als das Rohvermögen. Eine entsprechende Wirkung geht auch von den Freibeträgen aus. Sie sind an die Zahl der einzelnen oder zusammen veranlagten

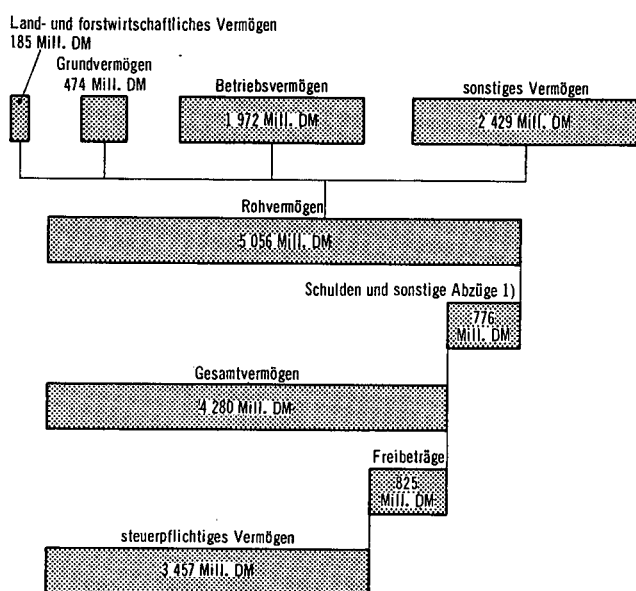
4) Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit 30 ha Nutzfläche und mehr erhöhte sich zwischen 1966 und 1969 nach dem Ergebnis der Bodennutzungsvorerhebung um 6% auf 12 820

Vermögen und Abzüge der veranlagten unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen

	Steuerpflichtige/Fälle			Betrag in Mill. DM		
	1966	1969	Veränderung in %	1966	1969	Veränderung in %
Rohvermögen	15 994	17 913	+ 12	4 055	5 056	+ 25
Schulden und sonstige Abzüge	12 564	14 034	+ 12	659	776	+ 18
Gesamtvermögen	15 994	17 913	+ 12	3 396	4 280	+ 26
Freibeträge	38 232	42 498	+ 11	751	825	+ 10
Steuerpflichtiges Vermögen	14 791	16 997	+ 15	2 652	3 457	+ 30
Steuerschuld	14 791	16 997	+ 15	26	34	+ 31

D - 4558

Die Zusammensetzung des steuerpflichtigen Vermögens der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen am 1.1.1969



1) soweit nicht schon im Einheitswert des Betriebsvermögens abgesetzt

natürlichen Personen gebunden und deren Alter, sind also im wesentlichen von der Zahl der Veranlagungen abhängig und werden von nominalen Wertveränderungen der Vermögen überhaupt nicht betroffen. Sie erfuhren daher nur eine Zunahme um 10%, was zur Folge hatte, daß das steuerpflichtige Vermögen kräftiger zunahm als das Gesamtvermögen.

Die Zahl der steuerbefreiten zur Vermögensteuer veranlagten unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen hat seit 1966 um 24% abgenommen. Nur noch bei 916 Steuerpflichtigen überstiegen die Freibeträge mit zusammen 56,4 Mill. DM den Wert des Gesamtvermögens (46,0 Mill. DM). Für sie verblieb somit kein steuerpflichtiges Vermögen, und es kam zu keiner Steuerbelastung.

Die Steuerschuld beträgt in der Vermögensteuer grundsätzlich 1% des steuerpflichtigen

Vermögens. Der Satz ermäßigt sich jedoch auf 0,75%, soweit das steuerpflichtige Vermögen die nach § 31 LAG festgesetzte Vermögensabgabeschuld nicht übersteigt. Insgesamt hatten die unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen eine Steuerschuld von 34,0 Mill. DM an die Finanzämter abzuführen. Hiervon wurden 32,3 Mill. DM auf Grund des Regelsatzes und 1,7 Mill. DM auf Grund des begünstigten Steuersatzes vereinahmt. Der Teil des steuerpflichtigen Vermögens, der dem begünstigten Steuersatz unterliegt, nimmt sowohl im Verhältnis zum steuerpflichtigen Vermögen wie auch absolut laufend ab.

Die Gliederung der Steuerpflichtigen nach der Vermögensgruppe zeigt, daß die Mehrzahl der Veranlagten den mittleren Schichten und die überwiegende Masse des Rohvermögens den oberen Schichten zuzuordnen ist. In den unteren Gruppen ist dagegen die Besetzung auf Grund der Wirkung der oben erwähnten Vermögensminderungen (insbesondere der Regelfreibeträge) nur schwach. Die überwiegende Zahl der Kleinvermögensfälle tritt statistisch gar nicht in Erscheinung, da es für sie nicht zur Veranlagung kommt. Gut zwei Drittel (68%) der veranlagten unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen entfallen auf die Vermögensgruppen zwischen 50 000 und 250 000 DM, nur etwa ein Achtel (13%) von ihnen weist ein Gesamtvermögen von weniger als 50 000 DM aus und knapp ein Fünftel (19%) der erfaßten Steuerpflichtigen entfällt auf die drei oberen Gruppen mit einem Gesamtvermögen von 250 000 DM und mehr. Die letztgenannten verfügen aber über fast zwei Drittel des gesamten Rohvermögens. Seit 1966 hat sich die Zusammenballung von Vermögen in den oberen Größenklassen weiter verstärkt. Unter den "Vermögensmillionären" erhöhte sich seitdem das Rohvermögen um 35%⁵.

5) Näheres über die Vermögensmillionäre am 1. 1. 1969 und die Zusammensetzung ihres Rohvermögens ist bereits in dieser Zeitschrift 1971, S. 91 (April), veröffentlicht worden

Veranlagte unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen nach der Vermögensgruppe am 1. 1. 1969

Vermögensgruppe in 1 000 DM Gesamtvermögen	Steuerpflichtige		Rohvermögen insgesamt		davon				Jahres- steuer- schuld
	Anzahl	%	Mill. DM	%	land- und forstwirt- schaftliches Vermögen	Grund- vermögen	Betriebs- vermögen ¹	sonstiges Vermögen	
unter 30	527	3	18	0	8	29	19	44	0,0
30 – 40	723	4	33	1	7	26	20	47	0,2
40 – 50	1 104	6	68	1	10	25	26	39	0,4
50 – 70	2 375	13	182	4	8	20	30	42	1,4
70 – 100	3 146	18	330	7	7	17	32	44	3,3
100 – 250	6 606	37	1 228	24	5	13	36	46	19,7
250 – 500	2 103	12	854	17	3	9	39	48	17,7
500 – 1 000	806	4	641	13	3	7	42	48	14,7
1 000 und mehr	523	3	1 702	34	2	4	43	51	42,6
Insgesamt	17 913	100	5 056	100	4	9	39	48	100

1) ohne überschuldete Betriebe

Hauptsächlich infolge der nichteinheitlichen Bewertungsmaßstäbe bestehen in der Zusammensetzung des Rohvermögens in den einzelnen Schichten erhebliche Unterschiede. Der Anteil des unterbewerteten Realvermögens ist in den unteren Vermögensgruppen relativ groß. Er nimmt mit steigendem Gesamtvermögen erheblich ab. Für das Betriebsvermögen, das gegenwartsnah bewertet wird, gilt das umgekehrte. Das sonstige Vermögen verteilt sich dagegen anteilmäßig ziemlich gleichmäßig auf alle Schichten. Es ist in allen Vermögensgruppen die überwiegende Vermögensart. In Zusammenhang mit der Vermögensschichtung ist auch die getrennte Betrachtung von Steuerbelasteten und Steuerbefreiten sehr aussagefähig. 95% aller Veranlagten zahlen die gesamte Steuerschuld. Unter den 5% der Veranlagten, die keine Vermögensteuer zu zahlen hatten, ist der Anteil des Realvermögens am Rohvermögen mit 43% besonders hoch; bei den Steuerbelasteten beträgt er nur 13%.

Die Schulden sind in ihm bereits vermögensmindernd berücksichtigt. Das Vermögensteuergesetz erlaubt daher vom Betriebsvermögen der nichtnatürlichen Personen nur noch den Abzug des Zeitwertes der Vermögensabgabe sowie der rückständigen Vermögensabgabe. Diese Abzüge haben weiter abgenommen, und zwar im Vergleich zu 1966 um 28%. Als steuerpflichtiges Vermögen verblieben somit insgesamt 1,77 Mrd. DM. Hiervon unterlagen nur 71 Mill. DM dem ermäßigten Steuersatz von 0,75%. Die Jahressteuerschuld wurde auf 17,5 Mill. DM festgesetzt.

Die Gliederung nach der Rechtsform veranschaulicht die führende Stellung der Gesellschaften mbH, auf die zum 1. 1. 1969 71% der Steuerpflichtigen entfielen und die 42% des

Unbeschränkt steuerpflichtige nichtnatürliche Personen
am 1. 1. 1969 nach der Rechtsform
einschließlich Mindestbesteuerungsfälle

Rechtsform	Steuer- pflich- tige	Be- triebs- ver- mögen (Ein- heits- wert)	Steuer- pflich- tiges Ver- mögen	Jahres- steuer- schuld
	Anzahl		Mill. DM	
AG, bergrechtliche Gewerkschaft	54	442,1	434,0	4,3
GmbH	1 590	752,4	751,5	7,4
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft	381	120,4	117,4	1,2
Versicherungsverein a. G.	15	2,9	2,9	0,0
Kreditanstalt des öffentlichen Rechts	45	322,1	322,1	3,2
Sonstige nichtnatürliche Personen	145	147,9	143,6	1,4
Insgesamt	2 230	1 787,9	1 771,5	17,5

Unbeschränkt steuerpflichtige
nichtnatürliche Personen

Die vermehrte Zahl veranlagter unbeschränkt steuerpflichtiger nichtnatürlicher Personen seit 1966 geht allein auf den erheblichen Zugang von Gesellschaften mbH zurück. Alle übrigen Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen wurden dagegen 1969 weniger häufig zur Vermögensteuer veranlagt als drei Jahre vorher.

Für die 2 230 erfaßten Institutionen (einschließlich der Mindestbesteuerungsfälle) ergab sich am 1. 1. 1969 ein Betriebsvermögen in Höhe von 1,79 Mrd. DM. Dieses Vermögen ist, wie oben bereits erwähnt, Reinvermögen.

Betriebsvermögens der nichtnatürlichen Personen repräsentierten. Auf dem zweiten Rang folgen die kapitalintensiven Aktiengesellschaften, deren Zahl zwar nur gering ist, die aber ein Viertel des gesamten Betriebsvermögens auf sich vereinigen. Ihre Anzahl und ihr Vermögen hat sich in Schleswig-Holstein gegenüber 1966 insgesamt gesehen nicht unbeträchtlich vermindert. Bemerkenswert ist ferner, daß sich die Betriebsvermögen der Kreditanstalten des öffentlichen Rechts seit 1966 mehr als verdoppelt haben. Hierin kommt der stark gestiegene Umfang der Geschäftstätigkeit dieser Institute zum Ausdruck, insbesondere die erhebliche Zunahme des Kreditgeschäfts.

In 652 Fällen kam es zur sogenannten Mindestbesteuerung. Für unbeschränkt steuerpflichtige Kapitalgesellschaften kennt das Vermögensteuerrecht keine Freigrenze und keine Freibeträge. Sinkt das steuerpflichtige Vermögen unter eine bestimmte Mindestgrenze oder ist es sogar negativ, so werden die Gesellschaften mit einem fiktiven Mindestvermögen zur Vermögensteuer herangezogen. Im Vergleich zu 1966 hat sich die Zahl der Mindestbesteuerungsfälle nicht zuletzt infolge der allgemein verstärkten Aufnahme von Kreditmitteln um 172 erhöht. Ihr Anteil

an allen Kapitalgesellschaften macht nunmehr 40% aus. Der Minusbetrag ihres unabgerundeten Gesamtvermögens belief sich auf 154 Mill. DM. Er erhöhte sich seit 1966 um fast 50%. Bei den Mindestbesteuerungsfällen handelt es sich fast ausschließlich um Gesellschaften mbH.

Hinsichtlich der Schichtung nach dem Gesamtvermögen hat es in der Verteilung der nichtnatürlichen Personen auf die einzelnen Vermögensgruppen gegenüber 1966 keine wesentlichen Änderungen gegeben. Lediglich in den Größenklassen unter 30 000 DM hat die Besetzung mit Steuerpflichtigen nennenswert zugenommen. Hier werden nämlich die Mindestbesteuerungsfälle nach der Höhe ihres Mindestvermögens eingeordnet. Was den Betrag des Gesamtvermögens angeht, so hat sich die Konzentration in den obersten Gruppen mit 10 Mill. DM und mehr weiter verstärkt. Auf sie entfallen jetzt 1% der Steuerpflichtigen und 62% des unabgerundeten Gesamtvermögens. Insgesamt gesehen sind die Unterschiede in der Vermögensverteilung unter den nichtnatürlichen Personen wesentlich stärker ausgeprägt als unter den natürlichen.

Klaus Scheithauer

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht L IV 8 enthalten

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte".

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

— = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

26. Jahrgang . Heft 3 . März 1974

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1971	1972	1972/73			1973/74			
		Monats- durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 529	2 554	2 564	2 564	2 565	2 580
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 473	1 370	972	1 406	661	1 060
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		7,0	6,4	4,6	6,5	3,0	4,8
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 794	2 440	2 044	2 258	2 249	2 103
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		13,3	11,5	9,7	10,4	10,3	9,6
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 663	2 730	2 637	2 847	2 912	2 863
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,6	12,8	12,5	13,1	13,4	13,1
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	57	49	39	53	48	62
* je 1 000 Lebendgeborene		20,5	19,9	19,1	23,5	21,3	29,5
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	+ 131	- 290	- 593	- 589	- 663	- 760
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		+ 0,6	- 1,4	- 2,8	- 2,7	- 3,0	- 3,5
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	9 013	8 527	8 280	7 354	8 257	9 890	7 377
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 425	6 530	6 544	6 536	6 744	8 792	6 594
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 2 588	+ 1 997	+ 1 736	+ 818	+ 1 513	+ 1 098	+ 783
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 288	10 400	10 539	10 910	10 829	12 748	10 423
Wanderungsfälle	Anzahl	25 726	25 456	25 363	24 800	25 830	31 430	24 394
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		171	168	170	164	168	202	164
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	9	12	13	15	19	14	19	27	34
darunter *Männer	1 000	5	7	6	8	11	7	10	16	21
Offene Stellen	1 000	22	19	16	15	16	17	14	11	12
darunter für Männer	1 000	13	11	11	10	11	12	10	7	8
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 364 ^a	1 421 ^a	.	1 421	.	.	p 1 497	.	.
darunter *Milchkühe										
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	477 ^a	498 ^a	.	498	.	.	p 504	.	.
*Schweine	1 000	1 667 ^a	1 598 ^a	.	1 598	.	.	p 1 659	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	169 ^a	161 ^a	.	161	.	.	p 168	.	.
darunter *trächtig	1 000	106 ^a	100 ^a	.	100	.	.	p 111	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	35	29	33	25	29	55	47	29	35
*Kälber	1 000 St.	2	2	1	1	2	1	1	1	2
*Schweine	1 000 St.	209 ^b	205 ^c	215	211	208	227	215	197	221
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	9 ^b	8 ^c	15	14	14	6	12	12	13
*Schlachtungsmengen ⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	25,1	23,7	25,2	22,8	24,1	32,9	28,8	22,4	26,4
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	8,5	7,2	8,0	6,3	7,6	14,1	11,6	7,2	9,0
*Kälber	1 000 t	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2
*Schweine	1 000 t	16,4	16,3	17,0	16,3	16,3	18,6	17,1	15,1	17,3
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	243	257	264	265	269	265	266	262	268
Kälber	kg	66	78	83	91	91	100	98	100	97
Schweine	kg	82	83	85	83	84	84	84	82	83
Geflügel										
Eingelegte Bruteier 6)										
*für Legehennenküken	1 000	580	518	455	169	554	481	520	467	527
*für Masthühnerküken	1 000	825	877	914	888	879	768	949	581	934
*Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	755	843	870	774	911	1 027	785	666	910
*Milcherzeugung										
1 000 t		174	178	138	167	180	122	138	168	185
darunter *an Meiereien geliefert	%	92	92	92	92	93	92	93	92	93
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,8	12,0	9,5	11,0	11,5	7,9	9,2	10,8	11,8

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1971/72 = 12

c) Winterhalbjahr 1972/73 = 11

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1971	1972	1972/73			1973/74			
		Monats- durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Industrie und Handwerk										
Industrie ⁸⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	191	188	188	186	186	190	189	186	185
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	143	139	139	138	137	140	139	137	136
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	23 229	22 242	23 611	21 651	22 250	24 073	23 942	20 666	21 743
*Löhne (brutto)	Mill. DM	173,7	185,9	212,1	198,6	195,0	215,4	246,2	218,5	208,0
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	75,8	85,0	98,4	98,9	89,3	95,4	117,0	117,4	100,0
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁹⁾	26	20	28	24	25	31	31	34	31
*Gasverbrauch (H ₀ = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	13,0	13,3	14,8	15,4	15,9	14,7	15,8	16,6	14,7
*Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	4,2	4,0	4,2	4,1	3,8	3,5	3,0	3,9	3,1
*Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	8,8	9,4	10,6	11,2	12,1	11,2	12,8	12,7	11,6
*Heizölverbrauch	1 000 t	94	95	105	102	108	106	117	108	104
*leichtes Heizöl	1 000 t	19	20	24	25	29	22	24	23	23
*schweres Heizöl	1 000 t	75	75	81	77	79	85	93	86	81
*Stromverbrauch	Mill. kWh	160	165	182	168	171	198	192	173	168
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	34	41	38	36	42	47	47	41
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) ¹⁰⁾	Mill. DM	1 197	1 273	1 434	1 469	1 236	1 539	1 686	1 655	1 504
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	165	200	177	217	162	202	243	352	238
Produktionsindex (arbeitstäglich)										
*Gesamtindustrie	1962=100	169	172	185	191	160	192	205	181	176
*Bergbau	1962=100	119	109	104	104	106	99	97	95	96
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	198	179	190	173	163	218	216	167	178
*Investitionsgüterindustrie	1962=100	183	192	201	239	177	207	233	220	208
*Verbrauchsgüterindustrie	1962=100	191	208	234	248	198	234	245	228	200
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1962=100	131	134	148	138	127	147	157	136	137
außerdem:										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1962=100	135	144	154	156	123	160	140	89	119
Handwerk (Meßziffern) ¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100	95	95	.	95
*Umsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1962=100	171	196	.	244
darunter *Handwerksumsatz	Vj. -D 1962=100	178	207	.	265
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	272	266	310	301	303	244	304	321	343
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	488	545	606	640	678	628	655	691	698
*Gaserzeugung (brutto) (H ₀ = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	9	11	14	16	17	9	11	13	12
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	63 049	61 896	61 560	60 713	60 299	61 086	59 324	57 567	56 368
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 713	8 347	8 698	7 928	7 227	9 439	7 505	4 332	6 669
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 766	3 774	3 930	4 194	3 487	4 146	3 303	1 901	2 939
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 258	1 347	1 461	1 142	1 245	1 517	1 287	805	1 107
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 484	3 047	3 111	2 446	2 330	3 508	2 672	1 505	2 457
*Löhne (brutto)	Mill. DM	78,2	83,2	92,7	84,6	77,9	110,1	88,3	57,4	76,1
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	8,4	9,7	11,3	13,6	9,6	10,9	13,3	14,4	10,9
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	217,3	256,4	296,2	485,1	261,3	305,7	296,5	452,0	179,2

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

9) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

10) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1971	1972	1972/73			1973/74			
		Monats- durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	977	991	939	771	730	1 012	620	439	421
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	865	874	819	685	622	934	557	400	376
*umbauter Raum	1 000 cbm	1 096	1 124	1 028	806	1 016	963	715	442	572
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	157 576	180 223	175 503	135 856	174 819	172 694	126 037	80 028	92 730
*Wohnfläche	1 000 qm	209	212	198	155	194	173	136	85	112
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	157	158	201	136	139	214	174	104	114
*umbauter Raum	1 000 cbm	698	716	822	608	767	876	740	372	378
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	72 917	79 651	102 682	77 402	113 983	82 755	101 480	31 526	54 137
*Nutzfläche	1 000 qm	126	126	155	110	144	164	146	63	80
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 880	2 854	2 531	1 882	2 480	1 897	1 702	1 042	1 368
Baufertigstellungen										
Wohnungen ¹⁴⁾	Anzahl	2 356	2 629	2 113	17 088	800	2 013	2 479	20 226	608
Wohnräume ¹⁴⁾	Anzahl	9 876	10 797	8 634	70 023	3 102	8 424	10 704	74 330	2 766
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	214,6	251,0	224,0	352,7	182,3	306,5	427,0	308,6	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	29,2	27,2	28,5	29,3	30,0	43,2	37,3	26,3	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	185,4	223,8	195,5	323,4	152,2	263,4	389,7	282,3	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	3,7	4,8	6,5	5,1	5,7	7,6	7,4	5,7	...
*Halbwaren	Mill. DM	11,5	9,9	11,4	8,7	15,5	33,3	28,0	18,9	...
*Fertigwaren	Mill. DM	170,2	209,2	177,6	309,7	131,0	222,4	354,3	257,6	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	15,7	16,4	15,7	18,4	17,7	24,5	22,5	20,9	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	154,5	192,7	161,9	291,3	113,3	197,9	331,8	236,8	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	65,4	68,6	61,0	84,8	95,2	149,5	147,9	119,9	...
darunter Italien	Mill. DM	19,9	20,1	16,5	27,2	20,9	26,8	25,4	20,4	...
Niederlande	Mill. DM	21,9	22,8	22,1	22,8	19,7	34,9	26,8	25,5	...
ab Januar 1973										
Dänemark	Mill. DM	17,0	17,3	17,4	20,0	18,1	34,3	26,4	25,5	...
Großbritannien	Mill. DM	12,6	40,3	11,1	95,7	6,7	14,3	32,9	10,7	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	58,6	89,9	75,1	149,4	28,6	68,8	155,4	89,9	...
darunter Norwegen	Mill. DM	3,9	5,0	6,3	4,9	4,1	30,4	121,0	6,5	...
Schweden	Mill. DM	8,3	8,3	7,5	10,0	7,8	16,0	13,5	65,3	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	32 015
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	36 934
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100
*Index der Gastgewerbeumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100
Fremdenverkehr in 135 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	190	187	78	72	64	p 136	p 79	p 68	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	19	18	9	8	6	p 15	p 9	p 6	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 546	1 537	273	258	239	p 632	p 285	p 264	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	40	41	20	17	14	p 31	p 19	p 14	...
Verkehr										
Seeschifffahrt ¹⁵⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 014	1 053	1 101	1 075	1 195	1 149
Güterversand	1 000 t	282	307	359	334	332	441
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	253	243	255	256	218	261	278	212	246
*Güterversand	1 000 t	387	362	390	289	172	399	364	237	300
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	8 001	8 122	7 359	5 983	7 628	6 927	5 301	3 381	...
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	36	63	11	12	22	42	18	10	...
*Personenkraftwagen ¹⁶⁾	Anzahl	7 126	7 234	6 562	5 297	6 867	6 123	4 769	2 933	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	471	445	444	341	425	391	r 255	206	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 436	1 502	1 593	1 513	1 175	1 503	1 518	1 185	p 963
*Getötete Personen	Anzahl	76	71	75	68	61	60	86	36	p 30
*Verletzte Personen	Anzahl	1 972	2 023	2 137	1 980	1 490	1 918	1 984	1 516	p 1 204

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

15) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

16) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1971	1972	1972/73			1973/74			
		Monats- durchschnitt ^{d)}		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁷⁾										
*Kredite 18) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	17 984	20 540	20 123	20 540	20 602	22 403	22 627	23 133	...
darunter										
*Kredite 18) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	17 280	19 793	19 400	19 793	19 834	21 716	21 889	22 352	...
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	3 933	4 466	4 304	4 466	4 364	4 787	4 745	4 903	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 904	4 430	4 278	4 430	4 346	4 753	4 718	4 882	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	29	36	26	36	18	35	27	21	...
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	1 432	1 794	1 713	1 794	1 775	1 945	2 016	2 068	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 358	1 698	1 624	1 698	1 668	1 805	1 876	1 925	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	74	96	89	96	107	139	139	143	...
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	11 915	13 533	13 384	13 533	13 694	14 984	15 129	15 382	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	10 222	11 525	11 389	11 525	11 655	12 688	12 798	12 934	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 693	2 007	1 995	2 007	2 039	2 296	2 331	2 448	...
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁸⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	14 258	16 149	15 973	16 149	16 260	17 548	17 778	18 446	...
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	7 764	8 817	8 959	8 817	8 878	10 246	10 467	10 614	...
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 487	5 247	5 342	5 247	5 284	6 442	6 642	6 645	...
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	3 277	3 570	3 617	3 570	3 594	3 804	3 826	3 969	...
*Spareinlagen	Mill. DM	6 495	7 332	7 014	7 332	7 382	7 302	7 310	7 832	...
*bei Sparkassen	Mill. DM	4 049	4 495	4 296	4 495	4 494	4 452	4 452	4 686	4 664
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	353	395	349	718	537	488	368	812	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	296	326	323	401	487	479	359	413	...
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	12	13	16	22	9	20	17	39	...
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,7	0,9	-	2	1	-	3	3	...
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	357	393	413	399	406	577	517	549	...
*Wechselsumme	Mill. DM	1,064	1,131	1,170	1,010	1,131	2,425	2,692	1,667	...
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	266 929	314 873	261 525	543 659	355 821	280 948	426 521	616 629	405 996
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	186 345	221 614	162 235	443 662	225 277	196 046	328 344	527 352	293 907
*Lohnsteuer 19)	1 000 DM	126 774	149 077	149 564	227 738	185 421	163 234	316 893	255 681	239 484
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	45 774	58 557	7 281	186 343	29 592	22 228	-10 199	235 918	37 029
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 651	1 700	1 411	1 861	4 253	734	491	615	6 352
*Körperschaftsteuer 19)	1 000 DM	12 147	12 280	3 979	27 720	6 011	9 850	21 159	35 138	11 042
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	80 583	93 259	99 290	99 997	130 544	84 901	98 177	89 277	112 089
*Umsatzsteuer	1 000 DM	59 882	69 991	69 559	73 565	106 328	57 247	68 488	61 948	85 417
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	20 702	23 268	29 730	26 432	24 216	27 655	29 689	27 329	26 673
*Bundessteuern	1 000 DM	90 364	101 340	97 958	141 221	56 648	111 256	133 726	172 386	110 745
*Zölle	1 000 DM	9 428	10 910	13 954	12 141	11 393	11 177	10 741	10 654	9 105
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	75 362	85 163	81 206	118 618	40 658	96 254	118 887	148 975	96 027
*Landessteuern	1 000 DM	25 763	28 267	37 179	22 353	30 118	27 414	39 731	20 734	32 689
*Vermögensteuer	1 000 DM	5 272	5 272	14 617	1 236	801	981	16 830	1 674	2 202
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	14 462	16 236	16 181	14 472	22 761	19 427	16 762	12 276	24 335
*Biersteuer	1 000 DM	1 013	1 018	1 005	977	1 004	949	655	755	987
*Gemeindesteuern im Vierteljahr	1 000 DM	140 471 ⁺	156 174 ⁺	-	175 344	-	-	-	209 655	-
*Grundsteuer A 20)	1 000 DM	6 949 ⁺	7 177 ⁺	-	6 955	-	-	-	6 698	-
*Grundsteuer B 21)	1 000 DM	22 200 ⁺	24 119 ⁺	-	22 855	-	-	-	25 421	-
*Gewerbsteuer										
nach Ertrag und Kapital (brutto) ²²⁾	1 000 DM	86 515 ⁺	97 117 ⁺	-	116 531	-	-	-	146 040	-
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	12 259 ⁺	14 210 ⁺	-	14 804	-	-	-	16 248	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	227 530	257 467	223 259	417 769	239 351	275 035	288 229	482 359	291 505
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	74 647	88 868	60 758	192 845	92 726	85 041	90 688	229 264	103 925
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	56 408	60 653	64 544	65 004	84 854	55 186	63 815	58 030	70 616
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 110	6 607	-	18 698	5 124	23 553	-	22 680	6 219
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	174 664	201 260	180 227	303 790	226 084	191 244	287 173	348 011	265 613
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	86 188	102 089	77 588	192 845	101 438	85 041	183 099	229 264	146 175
*Anteil an den Steuern vom Umsatz 23)	1 000 DM	56 603	64 297	65 460	69 894	89 404	55 236	64 343	75 333	80 530
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 110	6 607	-	18 698	5 124	23 553	-	22 680	6 219
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	185 026 ⁺	207 218 ⁺	-	274 814	-	-	-	338 824	-
*Gewerbsteuer										
nach Ertrag und Kapital (netto) ²⁴⁾	1 000 DM	43 261 ⁺	57 480 ⁺	-	38 552	-	-	-	53 575	-
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	87 810 ⁺	90 682 ⁺	-	177 450	-	-	-	221 634	-

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1971	1972	1972/73			1973/74			
		Jahres- durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	106,7	106,6	110,1	112,7	116,7	127,4	136,7
Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	1962=100	121,6	124,5	125,9	126,3	128,9	135,8	138,0
Grundstoffpreise 25)	1962=100	105,2	108,9	111,5	112,5	114,2	123,1	127,6	130,6	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte 25)	1962=100	112,5	116,1 ^f	117,8	118,2	119,5	126,0	127,3	128,3	...
landwirtschaftlicher Produkte 25)	1961/63=100	106,5 ^e	118,7 ^f	117,7	120,1	120,4 ^p	122,1 ^p	123,0 ^p	124,7 ^p	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude 26)	1962=100	162,7	174,3	177,1	.	.	.	189,9	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 25)	1962/63=100	116,5 ^e	127,3 ^f	123,4	125,2	127,9	134,8	135,3	138,3	...
Einzelhandelspreise	1962=100	118,0	123,7	126,3	126,8	127,9	133,2	134,4	135,0	136,3
*Preisindex für die Lebenshaltung 27)	1970=100	105,3	111,1	113,4	114,0	115,2	120,3	121,8	122,9	123,7
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1970=100	103,8	109,7	112,6	113,4	114,8	118,0	119,1	120,0	121,4
Kleidung, Schuhe	1970=100	105,9	112,3	115,1	115,4	116,4	123,7	124,2	124,5	125,3
Wohnungsmieten	1970=100	106,1	112,5	114,9	115,1	116,5	120,7	121,3	121,6	122,6
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970=100	105,4	110,1	112,9	114,8	117,0	133,6	149,9	161,3	153,4
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970=100	105,3	109,7	111,4	111,6	113,3	115,2	116,3	117,0	118,9
Löhne und Gehälter 28)										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	337	369	.	.	370	413
darunter *Facharbeiter	DM	359	390	.	.	393	439
*weibliche Arbeiter	DM	198	218	.	.	227	248
darunter *Hilfsarbeiter	DM	193	210	.	.	219	237
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	7,48	8,32	.	.	8,62	9,30
darunter *Facharbeiter	DM	7,94	8,84	.	.	9,15	9,89
*weibliche Arbeiter	DM	4,83	5,38	.	.	5,67	6,12
darunter *Hilfsarbeiter	DM	4,68	5,21	.	.	5,47	5,87
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	45,0	44,4	.	.	42,9	44,4
weibliche Arbeiter	Std.	41,0	40,5	.	.	40,0	40,5
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 638	1 792	.	.	1 918	2 066
*weiblich	DM	1 076	1 194	.	.	1 292	1 387
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 765	1 923	.	.	2 088	2 258
*weiblich	DM	1 088	1 218	.	.	1 292	1 348
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 412	1 533	.	.	1 692	1 836
*weiblich	DM	884	953	.	.	1 068	1 159
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 598	1 704	.	.	1 713	1 716
weiblich	DM	(991)	(1 112)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 484	1 615	.	.	1 760	1 906
weiblich	DM	938	1 019	.	.	1 122	1 215
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 755	1 909	.	.	2 055	2 207
weiblich	DM	1 085	1 213	.	.	1 293	1 353

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

17) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassensämter

18) einschließlich durchlaufender Kredite

19) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

21) einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten

20) Grundsteuerbeiträge abgeglichen

22) Gewerbesteuerzuschüsse abgeglichen

23) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28. 8. 1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30. 1. 1970

24) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

25) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

26) nur Neubau

27) alle privaten Haushalte

28) Effektivverdienste

d) Bestandszahlen bei Geld und Kredit: Stand 31. 12.

e) Wirtschaftsjahr 1971/72 (Juli-Juni)

f) Wirtschaftsjahr 1972/73 (Juli-Juni)

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
in 1 000	Ereignisse je 1 000 Einwohner			in 1 000		in 1 000					
1968	2 515	7,9	17,4	12,8	12	17	979	118	375	208	278
1969	2 545	7,5	15,9	12,8	8	21	992	117	373	214	288
1970	2 494 ^a	7,5	14,1	13,2	2	24	1 003	115	386	215	286
1971	2 529	7,0	13,3	12,6	2	31	997	110	377	216	293
1972	2 554	6,4	11,5	12,8	3	24

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen			
	Schüler am 15.10. ²⁾			Schulabgänger in %				Bruttoinlandsprodukt			Netto- inlands- produkt
	Grund-, Haupt- und Sonder- schulen 3)	Real- schulen und Realschul- züge	Gymnasien	mit weniger als Volks- schul- abschluß	mit Volks- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1962	
								Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate		
	in 1 000									in Mill. DM	in Mill. DM
1968	228	46	46	22	45	24	9	18 501	8,4	15 554	.
1969	236	49	49	21	45	24	10	20 126 _b	8,8 _b	16 244 _b	.
1970	249	51	50	23	42	24	11	22 878 _b	13,7 _b	17 438 _b	.
1971	256	56	54	25 763 _c	12,6 _c	18 263 _c	.
1972	262	61	60	28 658 _c	11,2 _c	.	.

Jahr	Landwirtschaft												
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaukommen aus eigener Erzeugung 6)		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t				
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵⁾			1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben		
	insgesamt	darunter Milchkühe ⁴⁾			Rinder	Schweine							
			in 1 000									in 1 000	
	1968	1 410	519	1 668	4 825	417						2 641	2 183
1969	1 430	518	1 680	4 966	418	2 679	2 210	4 262	1 511	260	487		
1970	1 407	493	1 774	4 920	476	2 744	2 139	4 232	1 350	414	565		
1971	1 364	477	1 667	4 946	477	2 848	2 085	4 297	1 698	322	596		
1972	1 421	498	1 598	5 012	386	2 756	2 137	4 381	1 679	264	611		

Jahr	Industrie ⁷⁾										Bau- haupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden in Millionen	Löhne	Gehälter	Umsatz ⁸⁾		Energieverbrauch			Produk- tions- index 10) 1962=100	Beschäftigte 11) am 30. 6.
	ins- gesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle 1 000 t SKE 9)	Heizöl			
				ins- gesamt	schwer				in 1 000			
	in 1 000		Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM		1 000 t			in 1 000		
1968	175	134	264	1 344	583	10 418	1 549	482	968	780	140	63
1969	184	141	278	1 550	674	11 797	1 883	490	1 058	842	157	63
1970	191	145	289	1 887	799	12 840	1 725	400	1 130	906	163	64
1971	191	143	279	2 084	909	14 365	1 975	312	1 124	895	169	64
1972	188	139	267	2 231	1 020	15 275	2 399	245	1 142	897	p 171	63

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen

2) ohne integrierte Gesamtschulen, und zwar 1971 rund 600 Schüler und 1972 rund 1 300 Schüler

3) einschließlich Sonderschulklassen

4) bis 1969 einschl. Ammen- und Mutterkühe

5) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

6) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

8) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

9) Umrechnungsfaktor für Steinkohleeinheit (SKE): Steinkohle und Steinkohlenbriketts = 1,0; Steinkohlenkoks = 0,97; Braunkohlenbriketts = 0,69

10) arbeitstäglich

11) einschließlich unbezahlter mithelfender Familienangehöriger

a) Ergebnis der Volkszählung vom 27.5.1970

b) vorläufige Ergebnisse

c) erste vorläufige Ergebnisse

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. Oktober 1973			Bevölkerungsveränderung im Oktober 1973			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1974	
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw ²⁾
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)					
		in %						
FLensburg	93 760	+ 0,2	- 0,6	- 20	169	149	26 254	23 908
KIEL	265 393	- 0,0	- 1,1	- 119	71	- 48	74 782	68 046
LÜBECK	236 318	- 0,1	- 0,8	- 95	- 71	- 166	61 598	55 321
NEUMÜNSTER	86 442	- 0,1	- 0,0	- 23	- 26	- 49	25 713	22 926
Dithmarschen	133 322	- 0,1	- 0,5	- 54	- 47	- 101	46 765	36 278
Flensburg-Land	75 713	+ 0,1	+ 1,0	8	89	97	29 774	23 206
Hzgt. Lauenburg	150 150	+ 0,2	+ 1,7	- 45	306	261	47 610	40 206
Nordfriesland	161 826	- 0,3	+ 0,5	- 27	- 403	- 430	58 971	46 847
Ostholstein	186 402	- 0,1	+ 0,9	- 78	- 168	- 246	60 598	50 259
Pinneberg	253 157	+ 0,1	+ 1,4	- 58	332	274	80 428	70 073
Plön	113 060	+ 0,0	+ 1,8	- 30	31	1	40 063	32 812
Rendsburg-Eckernförde	233 546	+ 0,1	+ 1,4	- 68	334	266	79 806	64 882
Schleswig	101 491	- 0,1	- 0,0	- 54	- 32	- 86	36 610	28 875
Segeberg	187 093	+ 0,2	+ 3,3	- 2	409	407	69 799	58 564
Steinburg	132 757	- 0,1	- 0,3	- 62	- 79	- 141	43 875	35 300
Stormarn	169 527	+ 0,1	+ 2,1	- 33	183	150	56 750	49 150
Schleswig-Holstein	2 579 957	+ 0,0	+ 0,7	- 760	1 098	338	839 396	706 653

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Januar 1974 (vorläufige Zahlen)		
	Betriebe am 31.12. 1973	Beschäftigte am 31. Dezember 1973	Umsatz ⁴⁾ im Dezember 1973 in Mill. DM	Unfälle	Getötete ⁵⁾	Verletzte
FLensburg	67	8 977	75	33	-	36
KIEL	144	30 078	246	106	3	116
LÜBECK	141	28 717	284	81	2	92
NEUMÜNSTER	72	10 599	57	43	1	51
Dithmarschen	60	6 630	121	42	3	49
Flensburg-Land	32	1 048	7	27	1	36
Hzgt. Lauenburg	103	9 569	64	68	1	91
Nordfriesland	46	2 554	44	46	1	65
Ostholstein	75	6 168	41	68	1	78
Pinneberg	241	23 808	164	111	9	151
Plön	39	2 604	24	29	2	33
Rendsburg-Eckernförde	126	11 370	82	79	1	97
Schleswig	35	3 395	57	31	-	53
Segeberg	177	14 181	115	80	1	98
Steinburg	95	10 586	80	55	2	73
Stormarn	133	15 892	193	64	2	85
Schleswig-Holstein	1 586	186 176	1 655	963	30	1 204

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 10. 1973

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 131 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. September 1973			Offene Stellen am 31. 12. 1973 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Dezember 1973			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber			1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 9. 1973	Rindvieh am 3. 6. 1973	
		VZ 1961	Vor- jahres- quartal						insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %								
Schleswig-Holstein	2 580	+ 11,3	+ 0,7	11	168	92	10,9	1 717	1 544	
Hamburg	1 755	- 4,2	- 0,9	12	1	...	9,2	16	18	4
Niedersachsen	7 254	+ 9,2	+ 0,6	27	308	...	9,8	6 206	3 115	1 022
Bremen	731	+ 3,5	- 0,6	5	2	...	10,0	9	20	5
Nordrhein-Westfalen	17 241	+ 8,4	+ 0,4	85	210	...	9,6	4 554	1 988	701
Hessen	5 576	+ 15,8	+ 0,9	29	96	...	9,3	1 438	892	325
Rheinland-Pfalz	3 703	+ 8,4	+ 0,4	14	69	...	8,9	790	708	253
Baden-Württemberg	9 238	+ 19,1	+ 1,0	51	200	...	9,0	2 135	1 845	719
Bayern	10 848	+ 14,0	+ 0,8	44	532	...	9,0	4 355	4 557	1 933
Saarland	1 115	+ 3,9	- 0,5	2	8	...	9,5	81	75	28
Berlin (West)	2 050	- 6,7	- 1,1	12	0	...	15,1	.	.	.
Bundesgebiet	62 089	+ 10,5	+ 0,5	292	1 595	...	9,4	21.300	14 763	5 475

Land	Industrie ¹⁾				Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Oktober 1973			
	Beschäftigte am 30. 11. 1973 in 1 000	Umsatz ²⁾ im November 1973		Produk- tions- index 3) (1962=100) im November 1973	Beschäftigte am 31. 10. 1973		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
		Mill. DM	Aus- lands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	189	1 686	14	205	61	24	1 897	7,4	2 013	7,8
Hamburg	193	2 125	15	137	43	24	749	4,3	1 385	7,9
Niedersachsen	783	5 797	23	171	175	24	5 609	7,7	6 124	8,4
Bremen	102	1 214	30	242	20	28	246	3,4	393	5,4
Nordrhein-Westfalen	2 587	19 643	23	171	371	22	13 633	7,9	15 607	9,1
Hessen	741	4 697	24	201	139	25	4 596	8,2	3 235	5,8
Rheinland-Pfalz	409	3 362	25	283	88	24	2 533	6,8	2 068	5,6
Baden-Württemberg	1 592	10 188	23	208	243	26	7 777	8,4	12 923	14,0
Bayern	1 406	8 933	20	.	303	28	9 372	8,6	11 992	11,1
Saarland	168	982	35	205	23	20	904	8,1	839	7,5
Berlin (West)	234	1 667	11	.	43	21	1 230	6,0	1 733	8,4
Bundesgebiet	8 406	60 293	22	193	1 509	24	48 546	7,8	58 312	9,4

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Juli 1973			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im November 1973				Bestand an Spar- einlagen ⁷⁾ am 30. 11. 1973 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner						im 3. Vierteljahr 1973		
									in DM je Einwohner		
	in 1 000										
Schleswig-Holstein	837	704	274	1 518	86	1 984	136	2 834	268	335	92
Hamburg	537	488	278	1 106	31	1 487	137	5 404	460	2 215	203
Niedersachsen	2 368	1 974	273	3 674	218	4 819	137	3 482	276	280	101
Bremen	217	195	267	408	14	494	125	4 081	356	1 196	181
Nordrhein-Westfalen	5 160	4 586	266	7 402	263	9 575	133	4 044	322	458	121
Hessen	1 909	1 640	295	2 459	116	3 392	143	4 524	340	449	147
Rheinland-Pfalz	1 249	1 025	277	1 482	73	2 096	146	3 693	270	304	105
Baden-Württemberg	3 130	2 636	286	3 717	210	5 280	148	4 185	327	452	126
Bayern	3 744	2 985	276	4 786	256	6 581	143	4 199	316	380	122
Saarland	336	297	267	539	21	780	149	3 436	273	275	75
Berlin (West)	501	454	221	1 109	35	1 317	122	3 661	227	660	106
Bundesgebiet	20 072 ^a	17 023 ^a	274	28 200	1 323	37 805	139	4 014	313	470	121

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt.

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) ohne Bundespost und Bundesbahn

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

7) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundesbahn und -post

Gedruckt im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

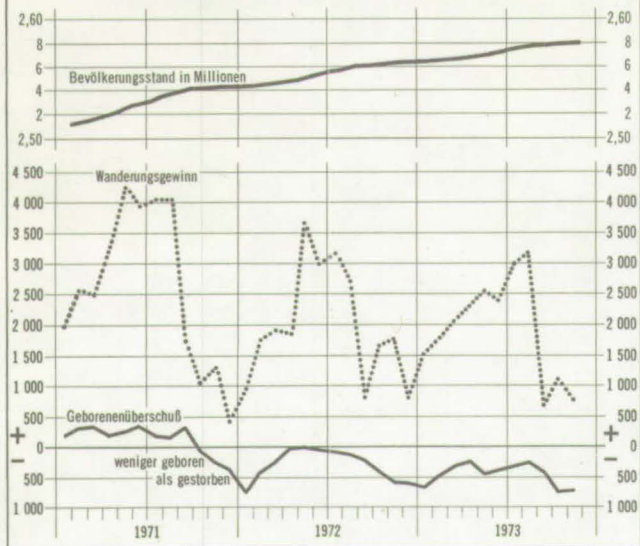
Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Betriebssysteme Landwirtschaft	1/9
Zur Getreideernte 1973	2/33
Unternehmen und Arbeitsstätten	
Kapitalgesellschaften	2/43
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Auftragslage im Baugewerbe	1/18
Verkehr	
Güterumschlag in den Häfen	2/37
Öffentliche Finanzen	
Lohnsteuerpflichtige	2/48
Löhne und Gehälter	
Zur Reallohnentwicklung	2/26
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Bruttoinlandsprodukt, Kreise	1/3

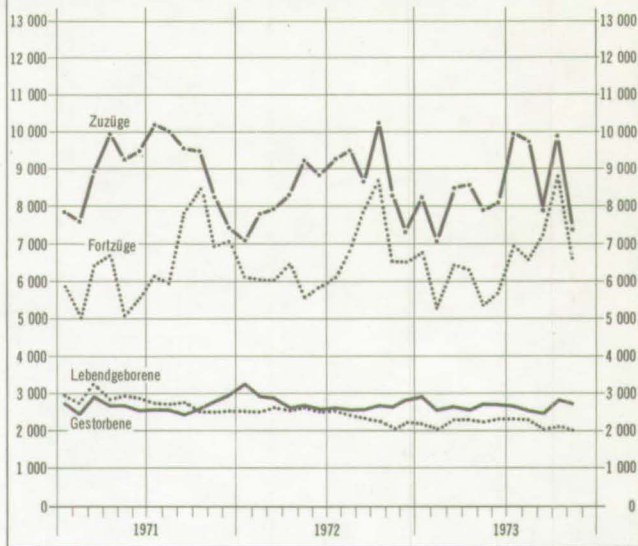
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

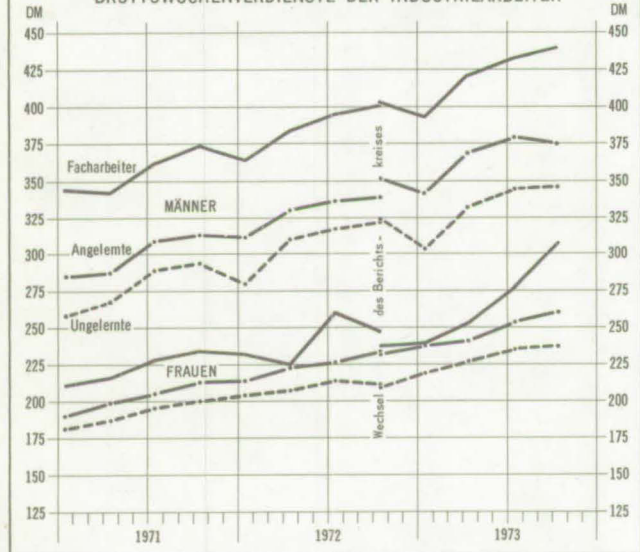
DIE BEVÖLKERUNGSZAHL UND IHRE VERÄNDERUNG



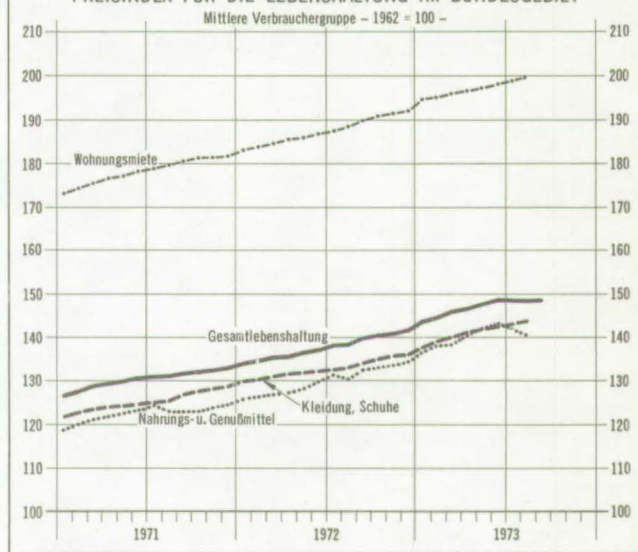
BESTANDTEILE DER BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



BRUTTOWOCHENVERDIENSTE DER INDUSTRIEARBEITER

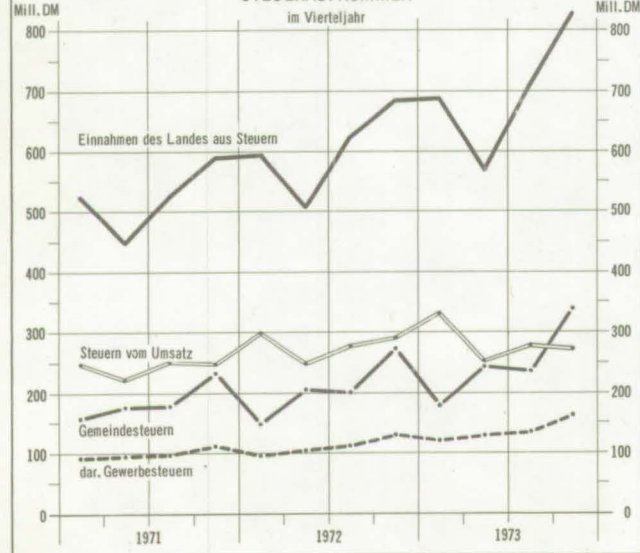


PREISINDEX FÜR DIE LEBENSHALTUNG IM BUNDESGEBIET

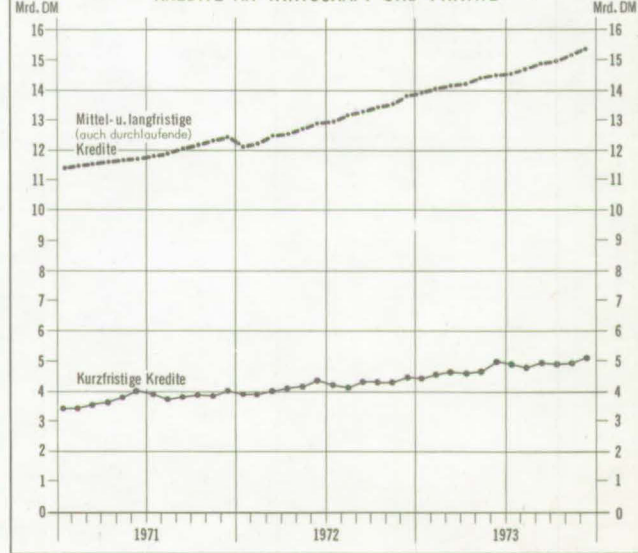


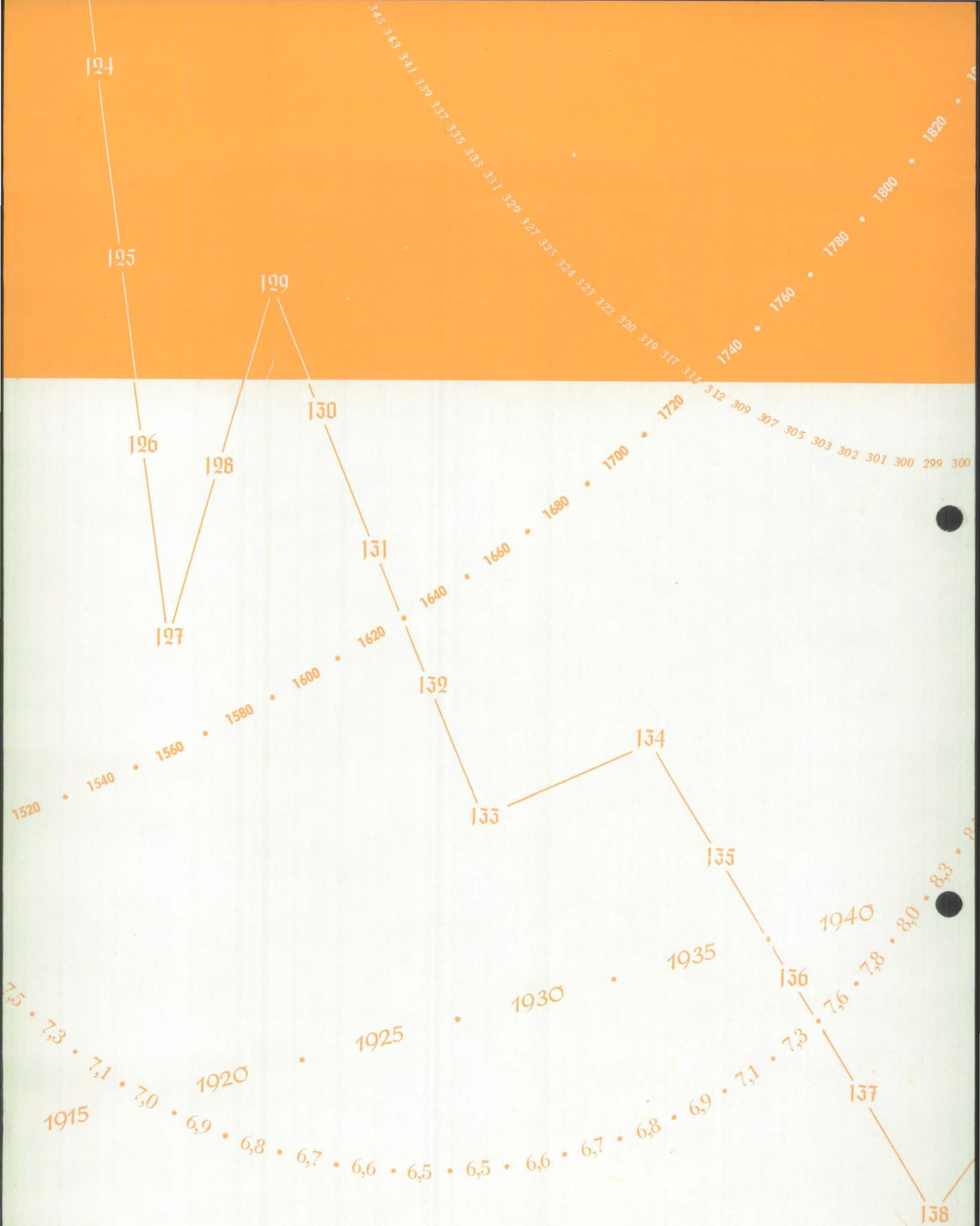
STEUERAUFKOMMEN

im Vierteljahr



KREDITE AN WIRTSCHAFT UND PRIVATE





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen